

BERLIN: Nulltarif

bei der
BVG...

...Enteignet
die
ÜSTRA
Hannover



AR in der
Armee
SS
SM
US



GENOSSEN!

Nicht diese Töne...

Kritik am Artikel
über die
Rote Hilfe



was wir
brauchen,
müssen wir
uns nehmen!
BERICHT ÜBERS
Georg v. Rauch
Haus
2. Teil

Rotz-Knast: Die Kom-
munistische Bewegung
ist die illegalste
Sache der Welt!



16.2.72

ab 50 Pf

12 Seiten

883

Nr.88

Revolutionäre Aktion

DER NEUE BVG-TARIF IST NICHT

50 Pf.

40 Pf.

30 Pf.

20 Pf.

10 Pf.

Dabei sind die anfänglich gestrichenen Subventionen aus Bundesmitteln wieder da. Warum wurden die Tarifierhöhungen trotzdem nicht zurückgenommen?

Die Westberliner SPD-Führung leistet offen Handlangerdienste für die Monopole, um ihnen aus der Krise herauszuhelfen. Die Subventionen wachsen Jahr für Jahr - zwischen 1968 und 1974 sollen sie sich verdoppeln -, gleichzeitig bleiben die echten Industrieinvestitionen immer weiter zurück, gemessen am Bundesgebiet.

Das Geld wandert in unproduktive, volkswirtschaftlich unsinnige Kanäle. Immer neue Spekulationsobjekte a la Kudamm-Bok und Steglitzer Kriseel schieben aus dem Boden, neue Arbeitsplätze entstehen dadurch nicht.

Diese Subventionspraxis erfordert laut Striek die "Lebensgrundlage unserer Stadt" - spricht der unersättliche Heißhunger der Berlin-Spekulanten.

Auf der anderen Seite wird unsere Lebensgrundlage vom Senat immer unverschämter angetastet. Die planmäßig betriebene Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist nichts anderes als verschleierte Lohnraub!

LOHNRAUB:

- Am 19. Oktober beschloß der Senat mit die Erhöhung der Haushaltstarife für die GASAG um 25% pro m² zu erhöhen.
- Am 2. November beschloß der Senat, die Wasserpreise, sowie die Preise für die Entwässerung um 30% anzuheben.
- Am 15. November beschloß der Senat, die BVG-Fahrpreise bis zu 50% anzuheben.
- Am 23. November beschloß der Senat mit, die Haushaltstarife der BEWAG um 20%, die Mieten um bis zu 30 Pfennig pro m² zu erhöhen.
- Im Dezember beschloß der Senat, die Gebühren für Kindergartenplätze um 22% zu erhöhen.
- Im Dezember beschloß der Senat, die Eintrittspreise für Freibäder bis zu 4% zu erhöhen.

SONDERN 70 Pf., IHR IDIOTEN!

Ab 1. März 1971 wollen uns die Bankrotteure aus der Senatsverwaltung und den Spitzen der BVG bei der Benutzung von Bus und U-Bahn noch mehr Geld aus der Tasche ziehen als bisher:

- + die Einzelfahrt auf der U-Bahn ohne Umsteigeberechtigung soll künftig 60 Pfennig kosten gegenüber 40 Pfennig bisher, das bedeutet eine Preiserhöhung von 50%!
- + die Einzelfahrt mit dem Bus ohne Umsteigeberechtigung soll künftig 70 Pfennig kosten gegenüber 50 Pfennig bisher, das bedeutet eine Preiserhöhung von 40%!
- + Bei Benutzung einer Sammelkarte ist für eine Einzelfahrt bei beiden Beförderungsarten immer noch 10 Pfennig mehr zu zahlen, die Fahrt mit Umsteigeberechtigung verteuert sich bei der neuen Sammelkarte für vier Fahrten zu insgesamt drei Mark um fünf auf 75 Pfennig!

Kaltschnäuzig bezeichnete Finanzsenator Striek diese Preistreiberei als "maßvoll" und "angemessen" und zumutbar". In einem scharfmarkechen Tonfall erklärt er in einem von ihm herausgegebenen Traktätchen: "Wer jedoch das Thema BVG nur unter dem Gesichtspunkt 'Fahrtgeld - ja oder nein' diskutiert ... bemut den Fortschritt". Der Senat von Berlin habe mit dem klaren Blick auf die politischen Notwendigkeiten dieser Stadt die Subventionen bewußt gegenüber den Investitionen beschränken müssen.

- Außerdem will die AOK die Beiträge erhöhen, die Taxipreise sind bereits erhöht, und auch die Postgebühren sollen wieder steigen.

DIE KAMPAGNE GEGEN DIE TARIFERHÖHUNGEN

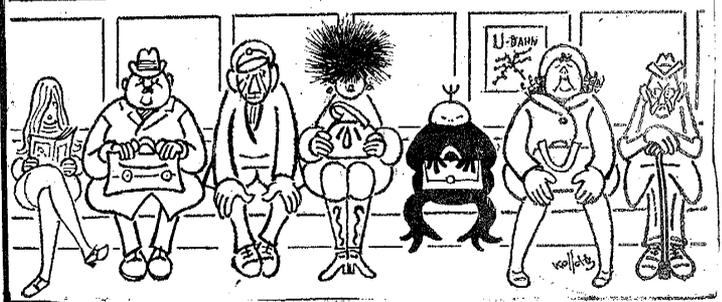
Seit einigen Wochen treffen sich einige nicht-parteigebundene Gruppen zu einem festen Termin im Sozialistischen Zentrum, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in einer gemeinsam zu führenden BVG-Kampagne zu erörtern, und die Kampagne politisch und technisch vorzubereiten. Dazu gehören neben Vertretern einiger kleinerer Gruppen die GIM (Gruppe Internationaler Marxisten), die Stadtteilgruppen Kreuzberg und Spandau sowie die 883-Redaktion. Die genannten Gruppen werden sich hauptsächlich auf der technischen Ebene (Herstellung und Verteilung von Flugblättern) und bei der Agitation unterstützen.

Die Qualität und Massenhaftigkeit einer Kampagne gegen die Bankrotteure und Scharfascher in der Senatsverwaltung und den Spitzen der BVG leidet sich nicht linear davon ab, inwieweit die Parolen, unter denen sie geführt wird, eine "revolutionäre Gesamtperspektive" beruhtichtigen bzw. das Transportproblem wissenschaftlich aus dem Kapitalverhältnis ableiten, denn die Aktionen werden nicht durchgeführt, um uns den Massen oder einer nicht näher definierten Arbeiterklasse "bekannt zu machen". Vielmehr müssen alle Aktionen gegen die Tarifierhö-

hung es den Massen, konkreter apolitisierte Jungarbeiter, Schüler, Lehrlinge und Studenten; erlauben, sie selbst zu wiederholen.

BEISPIELHAFTHE AKTIONEN DER FRANZÖSISCHEN GENOSSEN

"Ein gutes Beispiel für eine solche Aktion ist die sog. "U-Bahn-Befreiung" bei Renault/Billancourt im Februar und März 1970. Kurz zuvor sollten die Fahrpreise der U-Bahn erhöht werden. Keine der herkömmlichen linken Organisationen war instand, adäquat zu antworten. Die CGT/KPF organisierte lediglich eine ihrer zu ritualisierten Pflichtübungen erstarrten Demonstrationen, tat aussonsten aber nichts. Aber die Empörung der Massen über die erneute Preiserhöhung war sehr groß. Die Gauche Proletarienne reagierte, indem sie illegale Massenaktionen organisierte. Jeden Tag besetzten die Arbeiter von Renault die U-Bahn-Station und führten gratis. Die Arbeiter, die in großer Zahl an dieser Aktion beteiligt waren, behaupteten ihr Recht durch Gewalt, indem sie sehr kampfschlüsseln, einig und organisiert auftraten. Die Genossen vermassen diese Kampagne innerhalb und außerhalb des Betriebes, indem sie Flugblätter verteilten und Plakate klebten. Sie organisierten Gruppen, die gemeinsam zur U-Bahn gingen und sich ge-



Die Bedeutung der Nahverkehrsmittel liegt für den Kapitalisten allein im Transport der Ware Arbeitskraft zu den Produktionsstätten hin, in der heutigen Gesellschaft würde es keine Produktion und also auch für den Kapitalisten, der für sich kein Nahverkehrsmittel braucht, keinen Profit geben, wenn das Transportmittel der Ware Arbeitskraft plötzlich wegfällt. Daher sehen wir die Forderung nach Nulltarif im Zusammenhang mit der Forderung nach freier Fahrt zum Arbeitsplatz und Übernahme der Kosten durch die Unternehmer.

GLEITENDE LOHNSKALA!

Die Forderung nach einer "gleitenden Lohnskala" ist eine Kampfparole, die nicht von den Gewerkschaften aufgenommen werden kann, deren Verankerung in Tarifverträgen wir fallen auch nicht der Forderung ein, daß es nur auf den Druck der Basis auf eine bürokratisierte Gewerkschaftsapparat ankomme, dies hieße das Wesen der DGB-Gewerkschaften als kapitalistische Institutionen nicht zu sehen. Die Forderung nach einer "gleitenden Lohnskala" ist ein propagandistisches Instrument, um den Zusammenhang zwischen Teuerungen, steigenden Lebenshaltungskosten einerseits und den damit verbundenen Lohnraub andererseits aufzuzeigen. Gleitende Lohnskala = Durchbrechung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften.

Nun sind von einigen Organisationen noch anderen Forderungen zur Tarifkampagne aufgestellt worden: Spartacus-RJÜ fordert den 30-Pfennig-Einheitsstarif und die "KPD" wendet sich lediglich gegen die Erhöhung. Spartacus

schlossen auf den Kampf mit den Bullen und den CGT-Bonzen vorbereiteten. Mitten in der Kampagne eroberte eine Gruppe der Nouvelle Resistance Populaire (Neuer Widerstand des Volkes, eine Partisanengruppe innerhalb der Gauche Proletarienne) 30.000 U-Bahn-Fahrkarten und verteilte sie an die Renault-Arbeiter (Hochschulkampf Nr. 15/16).

In eine Kampagne gegen die Preiserhöhungen bei der BVG muß eine Kampfstrategie gegen die Preistreiber und die Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen im Reproduktionssektor eingehen. Deshalb stellen wir unsere Hauptforderung:

NULLTARIF BEI BUS UND U-BAHN!

In Zusammenhang mit der Forderung nach einer gleitenden Lohnskala. Ausgeschlossen aus unseren Überlegungen ist die Perspektive einer Roten-Punkt-Aktion, wie sie in mehreren westdeutschen Städten abgelaufen ist, weil es nicht um den Aufbau einer eigenen "Infrastruktur" auf dem Gebiet des öffentlichen Nahverkehrs gehen kann, d.h. Sabotage der öffentlichen Verkehrsmittel und ihre Ersetzung durch private PKW's. Es geht hauptsächlich darum, den Anspruch auf kostenlose Benutzung der Verkehrsmittel, die uns allen gehören, auch durch offensive Handlungsweisen sinnfällig zu demonstrieren. Dazu bedarf es Phantasie und Einfallsreichtum.

cus hängt sich mit seiner Forderung an einen Beschluß des Landesjugendausschusses des DGB an, der sich wiederum auf Beschlüsse des ÖTV-Hauptausschusses stützt. Dieser hatte zur "Reform des Nahverkehrsweasens" die Einführung eines 30-Pfennig-Einheitsstarifes gefordert. Spartacus vergißt dabei, daß die BVG ein kapitalistischer Profitbetrieb ist, dessen Subventionen die Werkstätigen bezahlen müssen. Die "KPD" andererseits fällt mit ihrer Preisstopppolitik noch hinter die Gewerkschaften zurück. Statt auf die Situation der BVG einzugehen, verbreitet sie sich in der "Roten Fahne" über den Verkehrsarbeiterstreik 1932 in Berlin und die Totgeburt RGO.

Seite

2



WAS WIR BRAUCHEN AUF DER WELT

Mittwoch, den 8.12.1971 18,30

Alle Genossen, die im Jugendzentrum versammelt waren und bei den letzten Vorbereitungen halfen (Plakate malen, Essen einkaufen, Matrasen- und Balkenbeschaffung), fuhren zum Teach-In. Niemand blieb zurück, um noch die letzten Vorbereitungen für die Besetzung zu treffen, z.B. Leiter aufstellen, Zühne durchschneiden. Für das zu besetzende Gebäude öffnen. alle wollen zum Teach-In, bis auf eine kleine Gruppe, die zum Heimerzieherseminars in die PH fuhren, um dort für die Besetzung zu agitieren. Eine Dreiergruppe sollte sich dann eine Viertel Stunde vor Schluss des Teach-Ins absetzen und die letzten oben geschil- derten Vorbereitungen ausführen.

Gegen 21,30 Uhr waren schon kleinere Gruppen am Mariannenplatz. Da aber niemand genau wußte, wo das Martha- Maria Haus liegen sollte und keiner den Weg zeigte (die es wußten waren schon drin), stand man ziemlich rat- los rum.

Dies war wohl der Hauptgrund, daß, als die ersten Bullenwagen eintrafen, vielleicht 30 Genossen im Haus waren. Die übrigen Genossen ließen sich aber dadurch nicht abschrecken. Als den letzten der Weg über die Mauer zum schon unbemannten Haus, waren wir etwa 250 im Haus. Ebensoviele hielten sich draußen auf dem Mariannenplatz auf, wo sie die Bullen in Atem hielt- en! Dann die PH:

"Unter Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken zerstreuten die Polizei eine Ansammlung von etwa 150 Personen auf dem Mariannenplatz. Zuvor hatten sie alle verfügbaren Einsatzkräfte aus Kreuzberg, Neukölln, und Tempelhof sowie Bereit- schaftspolizei zusammengesogen. Während des Polizeieinsatzes wurden wiederholt Funkstreifen und andere Polizeifahrzeuge mit Steinen be- worfen. Zerstreute Demonstranten blockierten in den umliegenden Straßen mehrmals den Straßenver- kehr. Verschwigen wurde, daß die Bullen mit ihren "Wannen" mit Vollgas in die Menge reingefahren waren und Flüchtende bis zu den U-Bahnen ver- folgten, sie zusammenknüppelten oder/und festnahmen. Verschwigen wurde auch, daß mehrere Genossen ver- letzt wurden.

Inzwischen hatten die Bullen mit ihren Hundsn das ganze Haus umstellt, sodaß niemand mehr raus- bzw. reinkam. Über Megaphon forderten wir die Bullen auf, Jugendstadtrat Beck zu bezeich- nigen, der allein ein akzeptabler Verhandlungspartner sein da wie vorher geschil- dert Beck der Hausherr sei. Gegen Mitternacht erschien denn auch Beck. Wir ließen ihn nur ohne Bullen rein! Beck erklärte den versammelten 250 Genossen, daß er unser Vorgehen gar nicht verstehen würde, denn das Martha Maria Haus sei ohnehin für Jugendarbeit vorgesehen. Erst am Montag seien Leute aus der Wiener Str. bei ihm gewesen. Wahr daran ist, daß am Freitag der An- trag auf Räumung für "Probearbeit" im-



Während der Verhandlungen: Demonstranten an allen Fenstern.

Beck-schen Vorzimmer abgegeben worden war. Auf weiteres Gerede ließen wir uns denn auch gar nicht einm. erst Abzug der Bul- len und freier Zu- und Abgang, dann können wir weiterreden.

Daraufhin verschwand Beck mit seinen Kumpanen Funk und Neugebauer, um sich mit den Oberpige zu beraten. Nach einer halben Stunde kam er wieder, und nach einigem hin und her wurde die Zusage Abzug der Bullen und freier Zugang ge- geben. Also: "Bullen wegretzen zum Helme putzen" Nach Aushandlung des nächsten Verhand- lungstermin (Donnerstag, den 9.12. 18,30 Uhr) verabschiedete Beck und kurz da- rauf auch die Masse der Bullen. Nur wenige blieben zurück, um das Haupt- haus vor "weiteren Übergriffen zu schützen".

Wir richteten uns auf die erste Nacht im Rauch Haus ein. Die einen schafften die vergessenen Lebensmittel und Matrasen her, ein großer Teil ging nach Hause und andere wiederum machten sich daran Flugblätter zu entwerfen. Fünf Stück wurden allein in dieser Nacht produziert, gedruckt und viele noch am gleichen Morgen vor den Uffnen und Betrieben (Dateve) verteilt.

Wie es weiterging erzählen wir auch in der nächsten Nummer!

Flugblatt

BETHANIE BESSETZT!

Das ehemalige Martha Maria Haus wurde letzte Nacht in Georg von Rauch Haus umbenannt. Das Haus ge- hört zu dem seit 2 Jahren leer- stehenden Bethanien-Krankenhaus in Kreuzberg.

Letzte Nacht besetzten einige hundert **Stützpunktlehrlinge, Schüler, Jungarbeiter** und Studenten in Ansohul an eine Solidaritätsveranstaltung für Dieter Kunzelmann und Georg von Rauch erfolgreich das zentral gelegte, bezugsfertige 96- Zimmer-Haus.

Das Haus soll zu einem Zentrum für Sozialarbeit aufgebaut werden. In den drei Stockwerken soll die Möglichkeit geboten werden, daß sich selbständige Jugendkommunen bilden können, und zwar a) für Heimsöglinge (Treuegänger und Jugendliche, die noch in den Hei- men sind),

b) für Lehrlinge und Schüler

c) für ehemalige Drogenabhängige

Lehrlinge und Schüler wollen sich aus ihren beschissenen Familienver- hältnissen lösen. Die Kliniken werden kaum mit den Erziehungskuren fertig (99% Rückfallquote). Die Heime machen die Jugendlichen kaputt. Einzelne Er- zieher oder Fürsorgler können an dem ganzen System nichts ändern, die Hei- mjugendlichen können es nicht im Heim, die Drogenabhängigen nicht in der Klinik.

Deshalb ist es notwendig, eine Alterna- tive außerhalb dieser Institutionen auf- zubauen!

Deshalb ist die Besetzung von Bethanien dringend notwendig! Die Besetzer fordern vom Senat außer der kostenlosen Benutzung des Hauses ein bezahltes Sozialarbeiter, die von da Jugendlichen bestimmt werden. Ihre Auf-

gabe ist u.a. die Abwicklung der recht- lichen Formalitäten. Eine medizinische Betreuung wird eben- falls gefordert.

Solidarisiert Euch mit den **Besetzern** Informiert Euch über die weitere Ent- wicklung in Bethanien!

Arbeitet aktiv mit! Kommt am Donnerstag abend um 17 Uhr zu den Verhandlungen mit dem Senat! Es wird spannend!

Helft mit, das Haus weiter besetzt zu halten, damit uns die Polizei nicht ver- treibt, die gestern abend schon Tränengas gegen die Jugendlichen einsetzte, die ausserhalb des Hauses warteten. Bringt Schlafsäcke und Essen mit. 2 Sammelgeld für die weitere Arbeit. (Flugblätter, Essen, Matrasen usw.)

Die Besetzer

MACHT + RECHT HAT DER DEM DIE MITTEL GEHÖREN! DIE MITTEL WERDEN WIR ERKÄMPFEN!

Jeder achte Schüler im Bezirk Kreuz- berg hat kein eigenes Bett. Jeder dritte Schüler verfügt zuhause weder über einen Arbeitsplatz noch über ei- ne Spielcke. Nur jeder zehnte Schüler hat sein eigenes Zimmer. Fast 40% der Schüler dieses Bezirkes wohnen in einer Wohnung ohne Bad und Toilette. 75% aller Schüler leben in Kleinwoh- nungen mit ein bis zwei Wohnräumen. In Einraumwohnungen mit Küche wohnen in 39% aller untersuchten Fälle 3 Per- sonen. In 25% aller Fälle müssen die Schüler mit drei weiteren Familienange- hörigen die Wohnung - eine vierzimmer- wohnung - teilen. In 15% aller Fälle le- ben 5-6 und mehr Personen in einer Ein- zimmerwohnung. 76,4% aller befragten geben an, daß sie weder einen Balkon noch einen Garten besitzen. 41% aller Kinder kommen aus lichtlosen Hinter- höfen!

Jeder dritte Schüler litt unter Nervo- sität, jeder sechste unter Schlafstö- rungen. Bei fast 60% der Schüler wurde im Unterricht Konzentrationsstörungen und vorzeitige Ermüdung festgestellt.

43% der Mütter sind berufstätig und bis zu 10 Stunden nicht zu Hause. (Der An- teil der berufstätigen Mütter hat sich bei heute erhöht.) Fast die Hälfte der Kinder sind Schlüsselkinder, die weder von Großeltern, noch von Nachbarn von einer Kindertagesstätte "betrouet" werden.

Diese Schüler werden Lehrlinge oder Jungarbeiter. Ihre häusliche Situation verbessert sich dadurch nicht. Meistens bleiben sie bei, ihren Eltern wohnen bis sie heiraten und der Kreislauf beginnt von Neuem, die gleichen Verhältnisse werden produziert.

Kritische Bürgerliche stellen fest, daß leider nur 7-8% der Arbeiterkinder Abitur machen und studieren. Also ont- fähigen diesen Beruf allerhöchstens 7-8%. Dazu ist zuzusagen, daß der Prozentsatz der "Aufsteiger" in Kreuzberg noch tiefer liegen dürfte. Aus eigener Erfahrung gehören zum Aufsteigen besondere Bedin- gungen: Fähigkeit der Eltern, die Kin- der zu streben zu motivieren und zu unterstützen. Das ist auch nur möglich wenn die Eltern sich einer günstigen Lage befinden: Vater Polier, Vorarbei-

ter, - kinderarme Familie- eventuell Mittelschulbildung eines oder beider Elternteile. Die Jugendlichen haben großen Bedürfnisse die durch un- sere Ausbeutungsgesellschaft gesetzten Grenzen überschreiten, die sich nicht anpassen und individuell diese Gren- zen zu sprengen versuchen, nach Bekanntschaft mit der Fürsorge.

Diese Jugendlichen, die mit FE oder bevoölkerung. (Davon werden später 80% straffällig und landen im Knast!) Gerade hier in Berlin diese jungen Proletarier mit "Randgruppen" oder gar "Lumpenproletariat" abtanzuwollen FBI Bekanntschaft machen sind immerhin 20% der Kinder der Berliner Arbeiter- elite idealistisch. Ansehend wollen es diese Genossen nur mit Edelprole- tariern zutun haben, die man nur noch mit den Weißheiten des Marxismus- leninismus vollpumpen braucht und alles andere geschicht von selbst. Marx selbst hat den dialektischen Materialis- mus als revolutionäre Theorie zum re- volutionären Handeln verstanden. Das er in Ökonomismus (= Überbreitung wirt- schaftlichen Denkens) und Bastelei mit historisch überholten Parteinodel- len erstarrt, hat er wohl nie geträumt. Wer meint Heimsöglinge seien nicht für die Revolution zuge- bracht, weil sie zu kaputt sind ("Asozial") wer ist es dann? Bei Kaputte Typen gibt es Kaputt sind Lehrlingen, Arbeitern, Schülern und Studenten. Ein grosser Fehler ist dar- her einen diskriminierten Schicht ein- zureihen, sie taugen nichts. Da zeigt sich bürgerlich elitäres (selbst aus- erwählte) abgrenzen nach unten.

Es gilt also, diejenigen Jugendlichen zu unterstützen die ihre beschissene Situation und deren Ursachen kennen und die ändern wollen- egal aus welcher Schicht sie kommen

WIR WOLLEN DOCH NUR EUER BESTES!

Ich bin 19 Jahre alt und heiße Klaus. Mein Vater war Arbeiter und meine Mutter Prostituierte, beide konnte ich so gut wie gar nicht, denn bis zum 5. Lebensjahr b in ich bei meinen Großeltern in Berlin-Kreuzberg gewohnt. Zu diesem Zeitpunkt ist meine Oma gestor- ben und so kam ich in die Hände der Fürsorge bzw. ins Heim.

Die erste Zeit war ich fast in ver- schiedenen Kinderheimen bis ich alt genug war und eingeschoben habe, daß der Herr Scheiße ist und ich öfter abgeholt bin. Daraufhin kam ich in geschlossenes

Heime, weil sie dachten, dort lassen sich nicht mehr so oft ab. Aber das Gegen- teil war der Fall. Bis auf zwei Heime wo man wirklich nicht ablassen konnte bis zum letzten ausgebeutet und ge- schiffen wird. Das war in Prenzlauer Berg und im Hirschgarten. (siehe)

In den Heimen Freistadt und Birge- moor mußten wir morgens um 5,30 Uhr aufstehen, zum Appel antreten, zum Frühstück gehen und anschließend ge- schlossen und unter Bewachung zur Ar- beit. Die Aufsicht hatten Wache, die mit Ballerhäusern und Knüppeln schrei- flüpten und denjenigen, der nicht schnell arbei- ten wollte bzw. nicht schnell genug arbeitete kam in einem Raum, wo er zusammengehlagert wurde, bis er einschlief, daß er "kern" arbeitete. Die Arbeitszeit ging bis zum Dunkel- werden und anschließend durften wir ins Bett.



Seite 4



Drauf über Megaphon; Jugendstadtrat Erwin Beck.

Was ich draußen erlebte!

Als wir in Hand Drugstore von der Besetzung des ehemaligen Martha Maria Hauses hörten, machten wir uns sofort auf den Weg, um unsere Genossen zu unter- stützen. Als wir am Kottbusser Tor aussetzten, sahen wir mehrere Bullenwagen durch die Gegend flitzen. Als wir uns dem Mariannen- platz näherten, wurden wir gleich von den Bullen angegriffen und zusammen- geschlagen. So wie uns erging es noch ungefähr 150 Genossen, die drussen waren und ins Haus wollten. Die Bullen schissen wie wild Tränengasbomben in die Massen. Als es einem Teil von uns gelang an das besetzte Haus heranzukommen, sahen wir die Bullen mit ihren Hundsn, die darauf aufpassen sollten, daß niemand ins Haus reinkam. Später kam dann Beck und versuchte uns mit Worten zu bewegen, das Gelände zu verlassen. Darüber konnten wir nur lachen!

Im Haus selbst herrschte ziemlich viel Verwirrung. Niemand wußte so recht, wie er sich verhalten sollte. Einige verbarrikadierten die Ausgänge mit den vorhandenen Schränken und Tischen. Unsere Balken und Bretter für die Barrikaden waren in Jugend- zentrum geblieben! Zudem war man sich nicht im klaren darüber, in welcher Etage der günstigste Aufent- halt von wegen Tränengas einsetz ge- währleistet sei. So hastete man denn anfangs von einer Etage in die andere, bis man sich schließlich auf das Hoch- parterre einigte.

MÜSSEN WIR LINS MEN



Arbeitet damals für ein Pflanzengarten
Tabak und wurde dort ausgebeutet, so
wie in den Fabriken draussen genauso aus-
gebeutet. Wenn man nämlich draussen
in irgendeiner Firma g arbeitet hat,
musste man noch 248,- DM bezahlen dafür,
daß man im Heim sein muß.
Deswegen und aus vielen anderen Gründen
habe ich die Gelegenheit wahrgenommen,
aus Heimen abzuhauen. Denn ich auf
Trebe war, habe ich oft bei Typen
oder Bräuten gepennt oder wenn das
nicht ging, habe ich in Kneipen oder
im Park übernachtet. Um meinen Lebens-
unterhalt zu fristen, habe ich oft
schwarz gearbeitet oder r hin Kneipen
gegangen.
Dieses Jahr bin ich durch die gemeinsame
Hilfe vieler Genossen aus der
Heimerziehung entlassen worden und
habe jetzt noch ein Jahr auf Bewäh-
rung offen, die mir die faschistische
Gegellschaft gegeben hat, weil sie mir
in den Heimen nichts anderes als
Kneipen gelohnt hat.

**SUCHE ARBEIT ALS KELLNER
IN KNEIPE! GEORG V. RAUHN HANS
1 BERLIN 36
MARIANNENPLATZ 12A**



**SCHWARZ
+**
KREUZ



Die Schwarz-Kreuz Gruppe im Rauch
Haus setzt sich aus ca. 10 Personen
zusammen. Unsere Gruppe, die jetzt
etwa 2 Jahre besteht, hat seit der
Besetzung des Rauch Hauses dort
seine Arbeit aufgenommen. Wir
arbeiten nicht 7 Tage die Woche
die abwechselnd zur Unterstützung
täglich zwei Stunden zur Beratung
kommen. Durch eine Vielzahl von
Medikamenten- und Geldpenden
sind wir auch in der Lage bei kran-
ken Patienten zu helfen. Häufig
kamen unsere Patienten fast aus-
schließlich aus dem Rauch Haus,
aber es waren auch schon ältere
Leute aus der Bevölkerung bei uns.
Von Anfang an haben wir einen Tag-
und Nachtdienst aufrechterhalten,
da wir aus Erfahrung wissen, daß

viele Genossen, besonders Trebe-
gänger, die von den Bullen gesucht
werden. Erst am Abend zu uns kom-
men. Zu uns kann also jeder Genosse
oder Nichtgenosse, der von den
Bullen gesucht wird kommen, ohne
Angst zu haben, und die Bullen aus-
geliefert zu werden. Sollten wir
jedoch bei gefährlichen Fällen nicht
weiterhelfen können, so kann er
sich ohne Bedenken an die zur
Verfügung stehenden Ärzte wenden.
Da wir eine politische Gruppe sind,
verbinden wir medizinische Arbeit
mit politischer Agitation. Wir ver-
suchen den Leuten klarzumachen, daß
die meisten ihrer Krankheiten nicht
ihrer sozialen Lage zustehenhängen.
Die meisten Genossen, aber auch ein
Großteil der Bevölkerung, hausen
in Wohnungen, die so schlecht sind,
daß zumeist häufig Krankheiten (z.B.
Krätze, Erkältungen, Hautausschläge)
auftreten müssen. Dabei stehen
tausende von Wohnungen leer, die
täglich h unser Steuergeld kosten z.
z.B. Methanien) Ab der der Staat tut
nichts, um diese Missetat zu be-
seitigen, sondern im Gegenteil er
verursacht große Preissteigerungen
für die Bonzen, die ungeheures Geld
schlucken. Mit diesem Geld könnte
man einer Vielzahl von Leuten helfen.
Aber das stört die oberen Zehntausend
nicht. Sie haben genug Geld sich
privat behandeln lassen. Sie fliegen
 sogar bis Amerika, wenn sie glauben,
daß ihnen hier nicht geholfen werden
kann. Aber die sind selbst schuld.
Mit dem Geld, daß auf ihren schweizer
Konten liegt, könnten von unsere
medizinische Versorgung erheblich
verbessert werden. Die größte Schwäche
ist, daß sich die Schweine in den
Genossenschaften, KPD und anderen
schweinen stillen mit Genossen un-
sprechen.

Wir haben eingesehen, daß die nicht
bereit sind, den herrschenden Sta-
tus quo zu verlassen. Deshalb haben wir
uns zur Selbsthilfe gezwungen. Um unsere Arbeit weiter-
hin erfolgreich durchzuführen, mußte
wir auch die zur Solidarität auf.
Wir sind von heute auf heute eine
Stützpunkt erhalten, auf den wir auch
alle nur Solidarität auf. Häufig
haben wir auch auf, um mit Medi-
kamenten und Geldpenden zu, das
bei euch rumliegt und vorgeliegt,
zu spenden.
Es kann bei uns besser vorangeht
werden! Auch Geldpenden sind gern
willkommen.

Schwarzkreuz
Rauch Haus
1 Berlin 36
Marianneplatz 12a

Seite 5

Bei der Besetzung waren ein Hau-
fen neue Leute dazu gekommen.
Darunter eine Truppe, die sich
SH-Trebe-Arbeit nannten. Wie weit
sie nun wirklich mit der Schwar-
zen Hilfe zu tun hatten, konnten
wir nicht beurteilen. Seither
hat sich die SH auch von diesen
ausgeflippten Typen distanziert
(siehe Fizz-Artikel). Wir bring-
en diese Auseinandersetzung
aber trotzdem, weil sie ein ge-
nerelles ausgeflippten-Konzept
verdeutlicht. -Mit den SHlern
meinen wir also nur die Typen,
wie sie zu Anfang im Rauch-Haus
rumflippeten!
Die Auseinandersetzung mit dieser
SH-Trebe-Gruppe bewegte sich haupt-
sächlich um die Frage, ob mit
den Trebern noch andere, Erwach-
sene, zusammenwohnen sollten.
Die SHler, die schon oben wohn-
ten, meinten, das widersprüche
in keinsten Weise dem Prinzip
der Selbstorganisation und berü-
cksichtigten dabei eben nicht,
daß sie als Erwachsene (einer
war sogar schon über 30) und
teilweise ausgeflippte Studen-
ten sich einfach in einer ande-
ren materiellen Situation befin-
den als ein 15-jähriger Treber.
Sie würden nach unserer Ansicht
dann automatisch zu Autoritäten
werden und dann die gleiche
Erzicher-Zügelungs-Schleife wie
in den Heimen produzieren.
Das fanden diese SH-Treber nun
gar nicht; sie fühlten sich als
so ne Art 'Edeltreber'. Die
Tatsache, daß die Jugendlichen
durch die Heime von der Umwelt
isoliert werden und so zum Aus-
flippen gezwungen werden; die
Tatsache, daß die Treber im
Haus ohne Papiere lebten und
deshalb nicht arbeiten konnten,
das interessierte die Typen
nicht, die ihr Rumhängen und
Nichtarbeiten zum glücklichsten
Prinzip erklärten, mit der
Argumentation, sie seien Berufs-
revolutionäre. Deshalb wollten
sie ja auch gerne mit Trebern
was machen. Die könnten dann
auch 'positiv' die Lehrlinge be-
einflussen: "Der Lehrling, der
seine Lehre schmeißt, hat doch
endlich was kapier! Jede Be-
triebsarbeit ist ja so blöd ent-
fremdet, das kann man als bewuß-
ter Typ einfach nicht machen".
Mit diesen Zitate läßt sich die
Vorstellung dieser Genossen
von Stadtteilarbeit, Betriebs-
arbeit usw am besten zeigen.
Folglich waren sie dann auch
dafür, Geld für Fressen durch
Heimarbeit ranzuschaffen. Ne
kleine unentfremdete Insel im
Rauch-Haus!
Weiter wurde behauptet, daß es
gerade die Randgruppen wären,
die am revolutionärsten wären,
weil diese als die Ausgebeuteten
nichts mehr zu verlieren
hätten. Die Typen im Rauch-Haus
machten daraus das Prinzip,
möglichst alle in diese Randgrup-
pensituation zu bringen und dann
auch noch möglichst hier und
jetzt Stadtguerilla im Rauch-
Haus zu machen.
Um ihre schwache Position im
Haus zu festigen, wurden dann
schnell ein halbes Dutzend Tre-
ber, die eine gewisse Machtposi-
tion innehaten, in die SH auf-
genommen. Einfach so. Verstehen
wer will. So kann man jedenfalls
nicht politisch arbeiten.
Die SHler hatten auch gegenüber
dem Senat ne unheimlich komische
Strategie, nämlich eigent-
lich gar keine. Um das Haus zu halten,
mußte schließlich verhandelt wer-
den, wir mußten einen möglichst
günstigen Nutzungsvertrag bekom-
men. Die SHler, immer nach dem
Motto 'das sind alles sowieso
Faschisten', kümmernten sich ent-
weder nicht um die Verhandlungen
oder hielten jeden Vorschlag der
Gegenseite für einen unheimlichen
Trick, uns reinzulügen. Statt
dessen bereiteten sie die Ver-
teidigung des Hauses vor und ent-
schieden damit einen unheimlichen
Angstfaktor vor der Polizei bei
den Trebern, die en aus ihren
alten Erfahrungen her schon dau-
ernd deswegen in Panik waren.
Bei dem Verhalten wären die Bul-
len auch wohl noch eines Tages
angerückt. Statt dessen galt es,
die Widersprüche

die Widersprüche in der SPD
zu unseren Gunsten auszunutzen;
nur so konnten wir das Haus hal-
ten. (Über die Senatsstrategie,
da schreiben wir noch mal was)
Die BML (Basisgruppe Heim- u-
Lehrlingsarbeit) bestand dagegen da-
rauf, daß Selbstorganisation der
eigenen Lebenspraxis von Jugend-
lichen nur heißen konnte: nur
Jugendliche können im Rauch-
Haus wohnen! Außerdem konnte es
nicht unser Ziel sein, ne kleine
Insel zu schaffen, sondern
im Gegenteil möglichst alle wie-
der zur Aufnahme von Lehre, Arbeit
und Schule zu bringen. Wobei wir
selbst auch arbeiten müssen, zu-
sammen mit den Jugendlichen in Betriebs-
gruppen, Lehrlingsgruppen, Schul-
gruppen etc aufzubauen und in
diesen und durch diese den Kampf
gegen das kapitalistische System
führen.
Mit dem ganzen Schwund seitens
der SHler hatten wir ne ganze
Weile zu tun, solange bis eine
Gruppe von Trebegängern die Sa-
che in die Hand nahm und die
Typen raussschmiß



SELBSTKRITIK

ZUR SITUATION DER SCHWARZEN HILFE (SH)

Bis zum November hatte sich die SH
einheitlich gut entwickelt. Es arbeiteten
genügend Genossen verbindlich mit. Die
finanzielle Situation war ganz gut.
Die Informationen über die Arbeit nach
draußen lief gut, auch die Kommunikation
mit anderen Gruppe n. Die SH wollte ihre
Arbeit auf Stadt teilarbeit und Arbeit
mit Trebegängern erweitern.

Aus verschiedenen -mehr oder we niger
privaten Gründen- mußten aber einige
Leute aus der SH aussteigen, die bis
dahin einen großen Teil der anfallenden
Arbeit gemacht hatten. Als Ersatz
tauchten dann jede Menge Flipper,
Schnorrer + andere Arschlöcher in der
SH-Johnung auf. Sie stiegen anscheinend
voll in die SH-Arbeit ein, klopfen
große Sprüche, plaudern die x irren-
sten Sachen und verapprauchen das blaue
vom Himmel herab. Sie bildeten den
festen Kern der Trebe-Gruppe. Die
SH-Genossen waren froh, daß überhaupt
wieder Leute mitmachten und schätzten
die Gefälligkeit dieser Typen fast
ein. Schon 2x war die SH wegen solcher
Geschichten fast kaputt gegangen.

So sah es denn ende November/Anfang
Dezember zur ziemlich chaotisch aus,
aber die SH-Genossen waren recht op-
timistisch und wollten die SH bis zum
Ende des Jahres neu zu organisieren -
entsprechend dem festgelegten Konzept
(siehe Fizz Nr. 9/Knaetschle)
Mit der Besetzung des Rauch Hauses,
bei der auch die SH mitmachte, spitzten
sich die Widersprüche zwischen den

Nr.

BEKANNTMACHUNG

Ab

Nun geht es ja wohl bald nicht mehr

Die Herrschenden haben es beschlossen - die Polizei ist angewiesen es durchzusetzen: Die Fahrpreise der ÜSTRA werden erhöht. Eine Unverschämtheit. 1969 gingen tausende Schüler, Studenten, Arbeiter auf die Straße. Arbeiter sammelten in den Betrieben Geld um Zement kaufen zu können und um damit die Schienen zuschmieren zu können. Die vorgezeichnete Fahrpreiserhöhung wurde nach diesem Machtkampf von den Herrschenden zurückgenommen. Der erneute Versuch die Fahrpreise heraufzusetzen ist eine Provokation. Wenn wir diesen Angriff nicht abwehren werden wir 1974 für eine Fahrt mit der U-Bahn 2,- DM bezahlen müssen. Wir müssen uns wehren.

1. März '72 führt die

ÜSTRA

umsonst -

Die geplanten Fahrpreiserhöhungen der ÜSTRA machen wieder einmal mit aller Schärfe deutlich, unter welcher beschissenen Umständen Schüler, Studenten, Arbeiter, Rentner und Hausfrauen in dieser Gesellschaft leben müssen. Dabei ist die Tatsache, daß wir wieder einmal mehr Geld zahlen sollen eine wichtige Sache, gegen die wir uns mit aller Kraft wehren müssen. Gleichzeitig wird jedoch ein weiteres Problem sichtbar, das ganz offensichtlich innerhalb dieser Gesellschaft nicht gelöst werden kann. Die Zerrissenheit der Städte, in denen wir leben und das sich daraus ergebende Verkehrsproblem. Denn wir müssen uns doch fragen, wie es dazu kommt, daß wir so lange Wege zurücklegen müssen. Der Grund ist, daß wir dort wohnen müssen wo wir nicht arbeiten, daß Arbeitsplatz und Wohnung kilometerweit auseinanderliegen. 60% - 70% des

Zustand, der so bleibt, sondern sich ständig verschärfende Tendenz. Die, so erkennbare Entwicklung der Stadtstruktur verstärkt den entfremdeten Zustand des arbeitenden Menschen, wo er lebt, wo er nicht arbeitet und arbeitet wo er nicht lebt. Die Aufhebung dieses Zustandes ist nicht von heute auf morgen erreichbar. Voraussetzung ist, daß die private Macht an Produktionsmitteln nicht mehr in den Händen einzelner liegt. Die Trennung von Wohnen und Arbeiten ist Produkt des Kapitalismus, und daher erst aufhebbar mit dessen Abschaffung.

riede", daß den Käufer in die Innenstadt locken soll. Stehen Profitinteressen im Vordergrund ist es möglich den Massenverkehr kostenlos zu organisieren. Haben wir dagegen ein Interesse an kostloser Beförderung stehen dem "Sachzwang" entgegen. Uns bleibt nur eine Möglichkeit - Kampf!

großes Auto, gute Schulbildung, Rhetorik - dazu fähig sich über einen längeren Zeitraum zu sammeln, während auszuweichen. Sie üben direkten, unmittelbaren Einfluß auf die Stadtplanung aus. Der Mittelstand, kleinere Geschäftsleute, Akademiker. Eine gute Schulbildung macht es ihnen möglich sich auszuweichen. Sie haben Beziehungen. Sie bilden Bürgerinitiativen, halten Versammlungen ab, treten in Verhandlungen, schließen Kompromisse.

Welche Möglichkeit haben wir? Wählen? Stadtplanung ist Kardinalpolitik und findet hinter verschlossenen Türen statt. Man

Militanz

ist gar nicht in der Lage ja oder nein zu sagen. Schüler, Studenten, Lehrlinge, Arbeiter, haben nur eine Möglichkeit: Die Straße. Unsere Art, politisch aktiv zu werden ist Militanz. Wir werden sie nutzen.

Was können wir tun? Wie können wir uns verständlich machen? Sprachprobleme - unterdrückt von Schule und Elternhaus sind wir unfähig Begriffe zu bilden, Sätze zu sprechen. Die Herrschenden: viel Geld,

Im Grunde werden wir doch immer wieder beschissen. Zumindest versucht man es.

Nicht genug damit, daß wir in beschissenen Städten leben müssen, in denen wir wohnen wo wir nicht arbeiten und arbeiten wo wir nicht wohnen, verlangt man auch noch, daß wir tief in die Taschen greifen sollen, um die notwendigen Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zurücklegen zu können.

Wenn es darum geht, daß uns andere Leute das Geld aus der Tasche ziehen wollen, dann ist es möglich, Massenverkehrsmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen. Doch wenn wir zur Arbeit oder zur Schule wollen, dann müssen wir zahlen. Die Herren da oben wissen nämlich, daß wir, zur Arbeit, zur Schule und Uni müssen, daß wir darauf angewiesen sind unsere Arbeitskraft zu verkaufen, oder uns in Schule oder Uni darauf vorbereiten

Die ÜSTRA

müssen. Das Zurücklegen der weiten Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz ist für uns bittere Notwendigkeit. Deshalb, und weil wir keine wirkliche Macht haben in diesem Staat, kann man mit uns so umspringen.

Die Geschäftsleute und Kaufleute sind dagegen fein heraus? Für sie gibt es das, park and

oder gar nicht!!

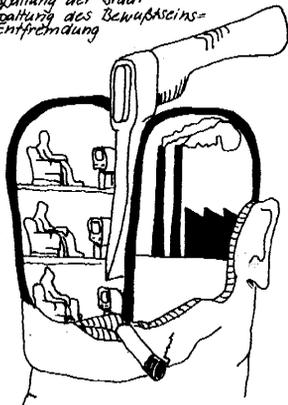
Wir fordern:

- kostenlose Beförderung für alle auf Kosten der Unternehmern bei gleichzeitiger Preiskontrolle
- mehr Straßenbahnen, mehr Fahrten
- weniger Straßen, weniger Autos
- verstärkte Anstrengungen beim U-Bahnbau

Entfremdung

gesamten Verkehrs in der Stadt ist Berufsverkehr. Dabei spielen die Pendler eine besondere Rolle. 120.000 von 350.000 Arbeitsplätzen in der Stadt Hannover werden von Pendlern bedient - und dies ist nicht ein

Spaltung der Stadt = Spaltung des Bewusstseins = Entfremdung



883

Rotz-Knast

Anmerkungen zum Artikel

VORBEREITUNG:

Wir bringen hier einen Artikel der Rotz-Knast, der sich mit dem 883-er Artikel nämlich des plötzlichen Abnehmens eines Bullen in Hamburg auseinandersetzt. Als Beitrag zur Diskussion über die RAF, dem in der nächsten Nr. ein weiterer folgen wird, wollen wir auf die wichtigsten Punkte eingehen.

Mit einigen Kritikpunkten stimmen wir überein. Die Doppeldeutigkeit der Argumentation, nämlich Beschönigung der Rechtsstaatlichkeit zum Schutz derjenigen, die den praktischen Angriff auf diesen 'Rechtsstaat' gerade versuchen, ist wirklich absurd und falsch. Hier spukt tatsächlich in unseren Köpfen noch die Vorstellung von taktischem Verhalten, wo Unendlichkeit angebracht wäre.

Der zweite Punkt den wir kommentarlos

akzeptieren, ist das mit der Demoralisierung in den eigenen Reihen, wenn der Feind allmächtig und in sich widersprüchlich aufgebaut wird, ohne dessen Angriffspunkte aufzuzeigen.

Der Artikel hat allerdings einen wichtigen Fehler, auf den wir etwas näher eingehen wollen. Die Frage, ob die RAF den Klassenkampf unterstützt bzw. Teil des Klassenkampfes ist, wird nicht diskutiert, sondern das steht als Voraussetzung fest. Wie wir aber in der RAF-Kritik (883 Nr.86) entwickelten, kann man davon aber gerade nicht ausgehen.

Nirgends wird konkret eine Verbindung zum bestehenden Klassenkampf gezogen, außer das behauptet wird, 'Selbstorganisation beginnt notwendig als Aktion einer kleinen Minderheit'. Dazu ist zu sagen, daß das die eine Möglichkeit

ist, die andere ist die spontane Organisation während der stattfindenden Klassenkämpfen (Streiks etc.), wie die bei genauerem Hinsehen in allen letzten Kämpfen zu finden sind. Lassen 'Frankeln' wir uns nicht kommende Aktionen vor, sondern beziehen uns auf vorhandene Ansätze, die es weiterzuentwickeln gilt. Ansätze allerdings in den Massenkämpfen und nicht bei der RAF. Und hier stellt sich das Verhältnis von Legalität und Illegalität allerdings etwas anders, kann nicht abstrakt aus der Analyse des bürgerlichen Staats gewonnen werden. Es ist klar, daß neben den Massenkämpfen der Arbeiterklasse, wo illegale Aktionen bislang noch Ausnahmen sind, andere Gruppen militant und illegal den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung aufnehmen müssen und werden. Die politischen Bedingungen für den Grad der Illegalität sind dabei folgende: die

direkte Verbindung zur erfahrenen Unterdrückung; das es ein Kampf um die Durchsetzung der Interessen ist, die soweit sie nicht privilegierte Klasseninteressen - (reichhaltige, auch sozialistische bzw. antikapitalistische Zielsetzungen sind) und drittens, daß sich die 'Gruppe bewußt ist und diese auch in ihrer Praxis zum Ausdruck kommt, daß sie allein zu keinem noch so ernsthaft gemeinten Schlag gegen das System ausreicht kann, also auf die Solidarität hier der a o c h nicht kämpfen angewiesen ist; den Hochnichtkämpfenden mit der Kampf mündigkeit einleuchten. Diese Bedingungen treffen auf die RAF nicht zu, die sich selbst als stellvertretend kämpfend begreift und ihre revolutionäre Aufriechtheit gerade damit bewahren will, daß sie nicht für eigene unmittelbare Interessen kämpft.

»Zentralstaat für das Sicherheits- und Ordnungswesen« 883 Nr.85

Unsere Propaganda muß auf die Herstellung eines richtigen Bewußtseins über die Rolle des Staates und der Rechtsordnung zielen. Staat und Recht sind ihrem Wesen nach zwangsbewährte Verhältnisse, die die Herrschaft einer Klasse über eine andere aufrechterhalten und garantieren. Die Klasse, deren geschichtlicher Beruf es ist, den Klassengegensatz aufzuheben, hat in erster Linie den Staat und die Rechtsordnung der Ausbeuterklasse zu zerstören. Jede Berufung auf das Recht ist daher ein schwerer Fehler!

Recht und Staat sind grundsätzlich Instrumente in den Händen der herrschenden Klassen. Die Rechtsordnung gibt je nach dem konkreten Kräfteverhältnis den unterdrückten Massen gerade soviel Bewegungsmöglichkeit, wie notwendig ist, um Empörung und Rebellion zu vermeiden.

Wenn wir uns in unserer Propaganda auf die Rechtsordnung berufen, verfestigen wir in den Köpfen die falsche, allein den Herrschenden dienliche Vorstellung vom Staat als neutralen Mittler zwischen den Klassen und von der Rechtsordnung als a u t o n o m e n Machtfaktor gegen die Willkür der herrschenden Klassen.

Das heißt nicht, daß wir 'Rechtsbrüche' seitens der Staatsgewalt mit einem Achselzucken zur Kenntnis nehmen müssen oder sollen. Es muß uns tatsächlich darum gehen, die vorhandenen Handlungsspielräume zu erhalten und zu erweitern. Das setzt aber ein klares Bewußtsein darüber voraus, inwieweit die Herrschaft der Ausbeuterklasse selbst vom Funktionieren eines durch Verfassungsrecht eingeschränkten Staates und seiner Rechtsordnung abhängt.

Von einem bestimmten Punkt der Entwicklung der Klassenkämpfe an ist die Erhaltung der Herrschaft dadurch bedingt, daß es gelingt, in den Massen die Illusion einer demokratischen Rechtsordnung und eines neutralen Staates entstehen zu lassen, um so den Verzicht der Massen auf revolutionäre Notwehr und Selbsthilfe zu bewirken. Je mehr wir es durch unsere Praxis und unsere Propaganda fertigbringen, diese Illusion abzubauen und den Verzicht auf Gegengewalt zurückzunehmen, desto größer

In dieser Argumentation steht alles auf dem Kopf. Für sie existiert der neutrale Staat u i k r a l e h. Für sie gibt es die freiheitliche Rechtsordnung t a s i s h l i c h. Für die revolutionäre Propaganda aber kann es sich einzig und allein darum handeln, bewußt zu machen, daß die 'Übergriffe', die 'Fehlentwicklungen', die 'Abweichungen' und die 'Verbesserungsbedürftigkeit' der 'Freiheitlich-demokratischen' des Wesens des Staates und der Rechtsordnung, die Neutralität und Verfassungsmäßigkeit der Öffentlichkeit Gewalt dagegen nur Fassade sind; der betrügerische Kompromiß, der es dem Klassenfeind erlaubt, uns das Fell über die Ohren zu ziehen. Wenn wir selbst so tun, als gäbe es im B e w ä h r u n g s f a l l e die Rechtsstaatlichkeit, als könne man sich auf sie gegen die Gewaltakte der Macht berufen, so werden auch die Massen in entscheidenden Momenten nach den Gerichten und der Verfassung rufen, anstatt den notwendigen Widerstand zu organisieren. Eine solche Propaganda wäre der ständige Heckerl auf die Elternstanz, der ein selbständiges und eigenverantwortliches Handeln verhindert.

In unseren Reihen findet man in dieser Frage häufig ein 'taktisches Augen-zwinkern'. Man macht geltend, die Rolle des Staates und des Rechts sehr wohl begriffen zu haben, gleichwohl aber die in den Massen vorhandene Illusion benutzen zu sollen, um auf ihrer Grundlage Empörung als Voraussetzung und ersten Schritt der Bewußtseinsbildung zu erzeugen. Wer so denkt, gibt sich keine Rechenschaft über die Zusammenhänge von Illusion-Empörung und Bewußtsein; der weiß nicht, daß Empörung stets eine bestimmte Richtung hat und wir nicht die falsche wählen dürfen. Es gibt die Empörung, die sich gegen die 'Rechtsverletzung' durch die Macht wendet, also gerade auf die Durchsetzung und Bewahrung der Rechtsordnung zielt. D i e s e Empörung bleibt a u t o n o m e n bewußtlos über die Funktion des Rechts und des Staates. Ja, sie wendet sich gegen die revolutionäre Klasse selbst mit dem Anspruch, die 'Rechtsordnung' des Staates und der Bürgerlichen Rechtsordnung als erste und wichtigste Voraussetzung für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft andererseits.

J e d e r 'Übergriff' der Macht muß in dieser grundsätzlichen Weise dargestellt werden. In dem Artikel über den 'Zentralstaat' hat ihr genau die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen. Da wird am Rande die rechtlich alberne Frage gestellt, ob er sich an bestimmte, selbst heraufe here Grundzüge der Rechtsstaatlichkeit halten wolle, anstatt

Faksimilierter Artikel:

Diese Notstandsabgabe soll der Bevölkerung zeigen, dass es im Hinblick auf die westdeutsche Staatsapparatur die Notwendigkeit besteht, die illegale Situation zu drängen, auf die dann auch geschlossen werden darf. Das sogenannte 'Gutachten' wird die Linke durch die Opposition der Polizei präsentiert, wo sie sich unter der Hand zu Staatsfunktion verändert. Der meiste Reiz der 'Gutachten' besteht darin, dass sie sich unter der Hand zu Staatsfunktion verändert. Der meiste Reiz der 'Gutachten' besteht darin, dass sie sich unter der Hand zu Staatsfunktion verändert. Der meiste Reiz der 'Gutachten' besteht darin, dass sie sich unter der Hand zu Staatsfunktion verändert.

Die Hamburger 'Karl-Marx-Bund' merkte dazu an: 'Wohlmeinend ist die Funktion, mit der die Polizeikräfte durchgesetzt werden. Die Polizei ist systematisch auf den Massenkampf abgelenkt, um die Massen zu zerschlagen. Die Polizei ist systematisch auf den Massenkampf abgelenkt, um die Massen zu zerschlagen. Die Polizei ist systematisch auf den Massenkampf abgelenkt, um die Massen zu zerschlagen.'

Freitag vor 14 Tagen wurde in Hamburg ein 'Polizeibrief' veröffentlicht, der von der Polizei selbst herausgegeben wurde. Der Brief enthält eine 'Botschaft' an die 'Bürgerlichen' und 'Kommunisten'. Die 'Botschaft' lautet: 'Wir haben die Polizei in der Hand. Wir haben die Polizei in der Hand. Wir haben die Polizei in der Hand.'

Angesichts der kürzigen Dauer ist eine Fortdauer des Briefs möglich. Der Brief ist jedoch die Grundlage von und ordnet die Einschaltung von mehreren in der Führung an. Der Brief ist jedoch die Grundlage von und ordnet die Einschaltung von mehreren in der Führung an.

darzulegen, daß es auf seinen subjektiven Willen gar nicht ankommt, daß er das gar nicht wollen kann, gar nicht wollen darf, und wenn er es dennoch will, er dann längere Zeit Innenminister gewesen ist (vgl. Affäre Klug). 'Rechtsstaatlichkeit' können sich die Herrschenden in Grenzen (!) (vgl. die debattierte U-laf-Novelle) noch gegenüber der privatisierten Kriminalität leisten, weil sie die Grundlagen der Klassenherrschaft nicht in Frage stellt. Gegenüber der politischen 'Kriminalität' von links gibt es keine Rechtsstaatlichkeit mehr von dem Augenblick an, von dem die Herrschenden die Bedrohung ernst nehmen. Im gegenwärtigen Rechtsstaat, in der älteren bürgerlichen Demokratie - in Großbritannien - kann sich heute der Innenminister im Parlament hinsetzen und massenweise Verfügungen in Konzentrationslagern zugeben und als politische Notwendigkeit auch noch rechtfertigen, ohne stehenden Fußes aus dem Amt zu gehen und vor ein Gericht gestellt zu werden. Ihr mokiert euch darüber, daß die Kripo einen Verdacht, einen Bullen umgelegt zu haben, v o r e i l i g gegen eine politische Gruppe gerichtet habe, obwohl es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß es das was ist. Hier wirkt eure Argumentation nach

als revolutionär hätte man hier aus der Situation heraus zu erklären, warum das Ergebnis des Feuertreffens oben in Ford war, daß der Bullen noch blind als Bützel der Herrschenden funktionierte hätte er hätte klar sagen müssen, daß das Verhalten der Genossen von der RAF die richtige Art des Umgangs mit der Staatsgewalt ist. Wenn ihr dazu noch nicht in der Lage seid, haltet wenigstens das Maul, damit euch nicht derart blöde Sprüche rausfallen, die auch sowieso k e i n e r glaubt und die nur Verwirrung stiften. Auch ihr fragt jetzt schon, über die Abdrängung der Kommunisten in die Illegalität zu klagen, als ob es 'legale' Kommunisten gäbe. Sich auf die Legalität berufen, behaupten, auf dem Boden der 'Freiheitlichen-Demokratischen' zu stehen, und gleichzeitig Kommunist zu sein, ist ein Widerspruch, der nicht die illegale Bewegung ist, die die Legalität ist begrifflich die Führung der Herrschaft, Kommunisten dürfen abdrängen und bei Kommunisten auch mit dem Problem der Legalität auseinandersetzen. Ihr aber stellt es auf den Kopf. Ein Kommunist aus allen Rechtsstaaten wird bekämpft und in Konzentrationslagern, also a u t o n o m e n, aber nicht schamlos.



»DEN BULLEN, DER UNS LAUFEN LÄSST, LASSEN WIR AUCH LAUFEN!!!«

se Anstrengungen müssen unsere Feinde unternehmen, diesen Illusionen vorerst wieder aufzuheben, oder offen die Rolle des Staates und des Rechts als Unterdrückungsinstrumente der Ausbeuter einzusetzen, was dann allerdings den Klassengegensatz auch bei den Massen in einer neuen Qualität zum Bewußtsein bringt. Die Revolution gerät in tödliche Gefahr, wenn sie sich auf das Geschwätz der Liberalen einläßt, die da zwischen der 'Staatsverfassung an sich' und der 'Rechtsordnung an sich' einerseits, und Übergriffen und Fehlentwicklungen, Abweichungen, Verbesserungsbedürftigkeit usw. andererseits unterscheiden, und die Heil der Welt in der Korrektur der Abweichungen suchen.

1. Schritt: Zerstörung des Staates!

In dieser scheinbar so unwichtigen Frage steckt das ganze Problem der Diktatur e i n e r Klasse. H i e r und allein in d i e s e m Punkt geht sich der Weg in die revisionsistisch-reformistische Sackgasse einerseits und in die Richtung der revolutionären Klasse andererseits. Der revolutionäre Kampf gegen den Staat und der Bürgerlichen Rechtsordnung als erste und wichtigste Voraussetzung für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft andererseits. J e d e r 'Übergriff' der Macht muß in dieser grundsätzlichen Weise dargestellt werden. In dem Artikel über den 'Zentralstaat' hat ihr genau die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen. Da wird am Rande die rechtlich alberne Frage gestellt, ob er sich an bestimmte, selbst heraufe here Grundzüge der Rechtsstaatlichkeit halten wolle, anstatt

Fortsetzung: S. 8

PRESSE-ERKLÄRUNG

berliner GI-Gruppe 'FORWARD'

In zunehmendem Maße häufen sich die Fälle, bei denen die US-Armee in Europa gezwungen ist, einzugehen, daß sie nicht in der Lage ist, den Rassenkonflikten in der Truppe Herr zu werden. In Berlin wurden im vergangenen Sommer die schwarzen Soldaten Samuel Robertson und Ronald Bolden freigesprochen, obwohl sie mehrere Monate die Armee verlassen hatten, weil sie, wie ihr Anwalt Stanley Faulkner nachweisen konnte, unter den rassistischen Verhältnissen in der Armee um ihr Leben fürchten mußten, nachdem schwarze Soldaten in Berlin auf rätselhaft Weise "verstarben". Sogar das US-Militärgericht mußte ihre Fluchtaktion akzeptieren.

Im vergangenen Herbst haben in Darmstadt 53 schwarze Soldaten gegen die rassistische Diskriminierung demonstriert, die sie in der US-Armee ertragen mußten. Erst nachdem sie zivile Anwälte gefunden hatten und sich andere Soldaten mit ihnen solidarisierten, ließ die US-Armee ihre Anklage gegen sie fallen, verzichtete aber nicht auf eine Quasi-Strafe in Form einer Versetzung aller beteiligten.

Am 28. Dezember stellte sich der schwarze US-Soldat Frank J. Francis der Militärjustiz in Berlin, nachdem er 10 Monate lang von seiner Truppe ferngeblieben war, ebenso weil er die rassistische Diskriminierung nicht mehr ertragen konnte und wollte.

Francis, der 22 Monate in Vietnam gedient hatte, von Unbekannten in Dallas, Texas, während einer Dienstreise lebensgefährlich angeschossen wurde, widerrechtlich nach Europa kommandiert wurde, der sich bei der Armee weiterverpflichten mußte, nachdem ihm die amtliche Arbeitsbeschaffungsbehörde nach seiner "ehrenvollen Entlassung" nur Putzarbeit anbieten konnte, hat noch viele aussergewöhnliche Repressionen ertragen müssen, bevor er sich dem Militärapparat entzog. Er hat schon während seiner Dienstzeit eine klare politische Position

für die Unterdrückten in allen gesellschaftlichen Bereichen bezogen und diese offen vortreten. Konsequenterweise stellt er sich dem Militärgericht, um die rassistischen Verhältnisse in der US-Armee an die Öffentlichkeit zu bringen, und, zurück in seiner Einheit, den Kampf dagegen aufzunehmen.

In dem kommenden Prozeß vom 15. bis 17. Februar 1972 wird sein Rechtsanwalt Stanley Faulkner aus New York ihn in einem politischen Prozeß verteidigen, der die gesellschaftlichen Hintergründe des US-Rassismus darlegen wird. Aus politischem Engagement übernimmt Faulkner die Verteidigung honorarfrei, kann jedoch nicht auf die Erstattung der Unkosten für Flüge und Aufenthalt verzichten. Deshalb bitten wir um Spenden auf das Post-scheckkonto Berlin West 20745, David Harris, Buchverlag.

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄTSKUNDEBUNG

an alle fortschrittlichen und antimperialistischen Kräfte in Berlin:

Der Kampf gegen den Militärapparat des Imperialismus erfordert die Entlarvung und Zerschlagung des Hauptinstruments zur Unterdrückung von Klassenbewußtsein in der Truppe: des Rassismus! Deshalb rufen wir auf zu einer Solidaritätskundgebung für Frank J. Francis und alle vom Rassismus der US-Armee Verfolgten.

Die Kundgebung findet statt am Montag, den 14. Febr. 72 um 11:30 U. Vor dem US Hauptquartier in Daulow, Clayallee/Saargemünder Str. (U-Bahn Oskar-Helene-Heim); unter den Parolen:

FREEDOM FOR FRANCIS!
STOP RACISM IN THE ARMY!
WANT AN OPEN TRIAL! LET ALL
EM'S SEE THE TRIAL! FREEDOM
FOR ALL POLITICAL PRISONERS!

sie sich jeden schwarzen Soldaten, der ihr geeignet schien, um jemanden zu finden, der seine Schuld zu geben würde. Ein schwarzer Obergefreiter erzählte uns, daß er und zwei Freunde vom CID (geheime Militär-Kripo) zum Verhör gezerzt wurden wegen Verdachts auf Verschwörung und Mord. Zu ihrem Glück konnten sie beweisen, daß sie sich nirgends in der Nähe vom White Horse aufgehalten hatten. Bei seinen systematischen Verhören und Einschüchterungsversuchen stieß der CID schließlich auf den Hauptgefreiten Curtis Barrois, der zugab, Poe drimal gestochen zu haben. Die Armee machte einen großen Satz und Barrois fand sich im Militärkernast wieder mit einer Mordanklage und Aussicht auf 20 Jahre. 20 Jahre im Armeefängnis ist eine lange Zeit und Barrois war nicht willig, sich der Anklage schuldig zu bekennen. Da die Armee aber keinen einzigen Beweis in der Hand hatte, begann sie zu schwächen. Herein kommt Lewis, der Armeeverteidigungsanwalt mit Märcchen über die gnadenvolle Armee und ist bereit, mit Barrois einen "vorsätzlichen Totschlag" = 5 Jahre, zu vereinbaren. Nun sind 5 Jahre immer noch eine ziemlich lange Zeit, für etwas, das niemand beweisen kann. Barrois hatte immer noch seinen Verstand beisammen trotz der gesalbten Reden der Offiziellen, die ihn unter Druck setzen sollten. In der Verzweiflung, einen Schuldigen zu finden, irgendeinen, bot die Armee Barrois 3 Jahre für "fahrlässige Tötung" an. So wurde:

dann auch die Untersuchungsverhandlung arrangiert. - drei Jahre Gefängnis und Entlassung wegen schlechter Führung. So operiert das reiche Kapitalistensystem für seine Arbeiter: Solange schuldig, bis die Unschuldigkeit bewiesen ist.

Trotz all dieser Tatsachen, in denen sich die herrschende Klasse des Rassismus bedient, wird sie sehr unruhig, wenn der Rassismus in der Armee außer Kontrolle gerät, weil er die Effektivität der Armee in der Unterdrückung der Leute zuhause und auswärts behindern könnte. Was sie aber noch unruhiger macht, ist die Angst vor der Macht des Volkes, wenn sie sich gegen ihren Unterdrücker wendet. Wo es doch die arbeitenden Männer und Frauen sind, die alle Güter produzieren und die Armee bilden, wozu wäre dann noch die regierende Klasse gut, wenn wir beschließen, welche Güter produziert werden, um unserem Bedarf zu entsprechen und welche Interessen die Armee schützen soll? Wir nehmen es diesen gesalbt und pompös quasselnden Führern unserer "demokratischen" Staates ab, daß sie den Rassismus vorziehen. Innerhalb der Armee darf der Streit nicht auf einem Niveau von Schwarz oder Weiß ausgetragen werden. Nur wenn wir zusammenhalten, können wir uns effektiv gegen den Barras durchsetzen, in solchen Fällen wie seine pervertierten Entscheidungen in Sachen Booth und Barrois.

ALL POWER TO THE PEOPLE!



GESPRÄCH MIT DEM GENOSSEN FRANCIS

Die Armee



Seite 9
kommt über die Runden...

Wie wir alle wissen, machen sich Armee und US-Regierung einen Dreck aus dem Leben und den Rechten des kleinen Soldaten. Der Grund liegt darin, daß die Armee nicht vom amerikanischen Volk zur Rechenschaft gezogen worden ist. Die Armee ist aber sehr besorgt, ihre Soldaten unter Kontrolle zu halten, um sie zu benutzen für Kriege ökonomischer Kolonialisierung im Ausland, sprich Imperialismus, oder gegen ihr eigenes Volk - um Streiks, Revolten, Demonstrationen und alle anderen derart "unpatriotischen" Ausdrücke des wirklichen Willens der Massen zu bekämpfen. Die Armee dient diesen Funktionen, weil sie von und für (aber nicht mit persönlicher Beteiligung) der herrschenden Kapitalistenklasse gemacht wird. Doch die Armee fürchtet um ihren guten Ruf. Sie muß sich die Getreuen zu Hause und in Übersee bei Laune halten, die noch an die amerikanische Demokratie glauben.

Rassismus wurde von der herrschenden Klasse entwickelt, um die Leute zu spalten und zu beherrschen, die sie braucht, um ihre Profite zu erzielen. In den USA ist der Rassismus immer gepflegt worden, um arme Schwarze und Weiße von einer Vereinigung gegen ihren gemeinsamen Unterdrücker abzuhalten.

Als also ein Schwarzer GI vor anderthalb Jahren mit zerstörtem Gesicht und Stichwunden tot im Tel-towkanal gefunden wurde - offensichtlich ein Ergebnis der armeer-eigenen GI gegen GI-Politik - hat man seine schwarze Leiche schnell in die Staaten verschifft, um ihn zu verscharren, fast ohne eine Untersuchung. Gerichte wurden verbreitet, daß "der dusselige Nigger besoffen war und in den Kanal gefallen ist". Soweit ist die Armee gut über die Runden gekommen.

Als der weiße Soldat William Kenneth Booth sich mit seinem Gewehr in den Kopf schoss, weil er seine depressive Existenz in der Berliner US-Brikade nicht mehr ertragen konnte, reagierte die Armee, indem sie angestrengt versuchte, seinen Tod jemandem anders anzuhängen. Gut über die Runden gekommen.

Als neulich am 12. November im "White Horse" ein Streit ausbrach, gingen die Lichter aus. Als sie wieder angehen, lag der Unteroffizier Poe sterbend mit 16 Stichwunden am Boden und sein Kumpel mit halb so vielen. Poe starb in der selben Nacht und die Armee sah zu, wie sie über die Runden kam: Da Poe Weißer war, schnappte

Frage: Warum hast du vor zehn Monaten deine Einheit verlassen?

Francis: Weil mir meine demokratischen Grundrechte und Menschenrechte verweigert wurden. Weil ich gezwungen wurde, meine Glaubenssätze und meine Kultur aufzugeben, und in der U.S. Armee rassistische und religiöse Unterdrückung zu erdulden.

Frage: Welche Verhältnisse findest Du am schlechtesten in der Armee?

Francis: Das Verhalten der Offiziere, einiger Unteroffiziere und anderer Soldaten gegenüber den schwarzen Soldaten. Man hat uns pausenlos einblühen wollen, "Wir ziehen alle am selben Strick", und genau diejenigen, die diesen Kohl verzapft haben, liefen in der Gegend umher und riefen "Nigger" und "Nigger" wenn sie nach und riefen. Das gelingt ihnen, weil sie sind, was sie sind. Man hat mich pausenlos dadurch schikaniert, daß man mich zu irgendeiner Arbeit Ausbildung hatte, die ich keine Ausbildung hatte, das hat viel Ärger gebracht und hätte sich beinahe das Leben gekostet.

Frage: Haben nicht Dein Sonderoffizier für die Gleichberechtigung (equal opportunities officer) oder der Berater für menschliche Beziehungen (human relations council) irgendwelche Verbesserungen bewirken können, oder haben die Sonne tagotrotz mit General Hayward zu nichts geführt?

Francis: Überhaupt nichts. Diese Treffen wurden nur als eine Art Täuschungsmanöver eingerichtet, denn jedesmal wenn jemand da tatsächlich auftretet, um irgendwelche konkreten Beschwerden gegen Schikanen in

den Kompanien vorzuliegen, bekamen wir Antworten wie "Gut, wir werden prüfen, was daran ist, und dann hat man gar nichts mehr von der ganzen Sache gehört, so sei denn man geht noch mal und noch mal dahin, und dann wirst Du einfach als Unruhstifter gebrandmarkt oder so was. Und die Sonntagstreffen bei General Hayward war nur ein Spiel, um unseren Standpunkt zu befriedigen, wir sind zu ihm gegangen, weil er auch in dem Krawall vom 20. August verwickelt war, um von ihm als Oberbefehlshaber zu fordern, daß er: (1) eine Ermittlung über die Hintergründe des tot im Tel-towkanal aufgefundenen Bruders einleitet; (2) Anklage erhebt gegen den weißen Soldaten wegen

Diskriminierung von Schwarzen, weil er am 20. August "Nigger" genannt hat; (3) die Ermittlungen in dem Krawall vom 20. August wieder aufnimmt; (4) Anklage gegen sich, Oberst Shell, Hauptmann Taylor und andere erhebt wegen ihrer Teilnahme am Krawall, wie er was geschah ist. Man hat uns in allen Punkten und Forderungen abgewimmelt.

Frage: Du sprichst vom 20. August. Kannst Du mal kurz erwähnen, was vorgefallen ist und wie es zu Deiner Verhaftung gekommen ist?

Francis: Am 20. August liefen ich und ein anderer Bruder aus meiner Kompanie die Straße auf dem Kasernen Gelände hinunter, da sahen wir zwei Menschen, einer lag auf dem Straßenpflaster, der andere auf dem Rasen. Der Mann in der Straße war von einigen Menschen umgeben, da liefen wir auf den Rasen, um den anderen Menschen zu Hilfe zu kommen. Gerade als wir hinaufgehen

FORTSETZUNG S. 40

wir wollen raus!

Fortsetzung der Geschichte eines schwarzen GI's

(von Seite 9)

wollten, trafen die Militärkriminalpolizei und die Militärpolizei am Orte ein und drängten uns weg. In diesem Augenblick, fing der Mann an, uns "Nigger" zu nennen, und wir wollten wissen - warum. Denn wir wollten nur helfen. Der Kräftebeamte, Johnson, ließ er glaube ich sprang auf den Bailey, der Kumpel der mit mir zusammen war, gerade als er über die Straße laufen wollte. Dann nahmen sie den Bailey und mich fest, weil wir gefordert hatten, daß man Anzeige gegen den Mann wegen diskriminierendes Verhalten erstattet. Wir wiederholten unsere Forderungen und die Brüder liefen auf die Straße, um zu sehen, was geschieht. Außerdem waren eine ganze Menge weißer Soldaten in den Straßen, die auch neugierig waren. Oberfeldwebel Donnel und ein weiterer Kompaniefeldwebel kamen in diesem Auto heran. Oberfeldwebel Donnel redete mit den versammelten Brüdern. Dann kamen Hauptmann Taylor und Oberleutnant Hood, die dann sofort nach IRF und MP (Interne Kontrolleneinheiten und Militärpolizei) Verstärkung riefen, um die Brüder anzugreifen. Dabei wußten sie nicht einmal, was vorgiefallen war, noch was sich gerade abspielte. General Hayward, Oberst Shell, Oberstleutnant Parmeter und Oberst Acosta trafen dann einzeln ein und mischten sich gleich unter die versammelten Brüder, griffen nach ihnen, und ließen sie los. Sprüche les. Oberst Shell insbesondere rief pausenlos "Jung, Junge, wir wissen doch alle was



gerichtliche Verurteilungen. Außerdem hatte unsere Einheit die längste Liste von Soldaten, hauptsächlich schwarze Soldaten, die ins Militärgefängnis kamen.

RASSISTISCHER TERROR

Die Leute wurden auf jede mögliche Weise schikaniert. Ein Bruder aus meiner Kompanie wurde ins Militärgefängnis gesteckt, abgeurteilt und unehrenhaft aus der Armee entlassen, weil er einen weißen Unteroffizier gestochen hatte. Und ungefähr gleichen Zeit schlug ein weißer Soldat in unserer Kompanie einen anderen weißen Soldaten, wobei er ihn fast erblindete, und bis heute ist nichts gegen ihn unternommen worden. "Nigger" zu dieser Zeit bekamen wir Gefahr, von Bataillonen geleitet, auf jeden Fall erhielt eine ein weißer Unteroffizier aus unserer Kompanie, daß in der ganzen Einheit (4/18) nicht mehr als drei Schwarze an einem Ort versammelt durften. Um Dir was klarzumachen, während ich in Militärgefängnis war, rief der Polizeifeldwebel vom Gefängnis meine Kompaniefeldwebel an und erzählte ihm, daß ich Drilllich und einige andere Sachen brüchete, die einzige Antwort, die dieser Feldwebel Craig bekam, war: "Schweiß auf dieses Sachen in Gefängnis einfach warten. Außer diesem Druck hatten einige von uns finanzielle und persönliche Probleme, aber man verweigerte uns das Recht, diese Probleme zu lösen. Gleichzeitig schickte uns die Armee in Pflichtstunden, wo Offiziere von der Rechtsbranche uns über die Strafen aufklärten, die Soldaten bevorstehen, die ihre derzeitigen Probleme nicht regeln.



FRANK FRANCIS KOMMT NACH 10-MONATIGER ABWESENHEIT ZUR BERLIN BRIGADE ZURÜCK. RECHTS NEBEN IHM SEIN ANWALT STANLEY FAULKNER.

Frage: Nachdem Du mehr als vier Jahre in der US Armee einschließlich 23 Monate in Vietnam gedient hast, mehrfach ausgezeichnet wurdest, und schließlich ehrenhaft aus der Truppe entlassen wurdest, warum hast Du Dich wieder zur Truppe gemeldet?

Francis: "Als ich 1969 aus der Armee entlassen wurde, hatte ich wegen einer zerrütteten Ehe und anderer Verpflichtungen meiner Familie gegenüber eine Menge Schulden. Unmittelbar nach der Entlassung ging ich auf Arbeitssuche, um alle meine Probleme in Ordnung zu bringen. Man hatte mir in der Armee vor meiner Entlassung erzählt, daß wir Arbeiten bekommen sollten, die dem Militärdienst entsprechen, und daß die Regierung der Privatwirtschaft die Auflage gemacht hatte, uns Arbeit zu geben. Ich ging also zur TFA (Texas Arbeitsbeschaffungsamt), die von der Regierung betrieben wird. Ich ging hin zusammen mit

AUF ARBEITSSUCHE

einem weißen Soldaten, der auch mit mir in Vietnam gewesen war und am selben Tag entlassen wurde. Wir reisten zusammen nach Texas. Gemeinsam füllten wir die Formulare aus und gingen dann zu einer Besprechung mit einem Mann, der uns Stellen vermitteln sollte. Der Weiße bekam eine Arbeit bei einer Bank und mir bot man die Gelegenheit als Teilwächcher oder als Polizist zu arbeiten. Ich erzählte den Leuten, man habe uns beim Militär gesagt, wir sollen Arbeiten bekommen, die unserer Militärarbeit gleichkämen. Dann erzählten wir ihm, daß meine Arbeitsstelle auf 71820 lautete, nämlich Personalfachmann, und daß mein weißer Freund auf 11820 lautete, nämlich Infanteriesoldat, und daß ich fernarbeitender Teilerwächcher noch Polizist sein wollte, denn ich hatte es satt, Menschen zu unterdrücken, daß die Polizei nichts anderes tat, als Menschen unterdrücken, wie die Armee das Volk in Vietnam. Ich wollte die Arbeit von dem Weißen nicht, aber ich wollte in einer Stelle arbeiten, wofür ich ausgebildet wurde und zu tun begriff, um die Arbeit gut zu leisten. Er erzählte mir, sie hätten keine weiteren Verwaltungstellen, wir prüften nach und stellten fest, daß dieser Mann noch am selben Tag, noch zwei oder drei solche Jobs vermittelt hätte. Ich ging auch zu einer anderen Arbeitsvermittlung, aber da konnte ich auch keine Arbeit finden, die ich machen wollte oder könnte. Drei Monate vergingen und ich war gezwungen, mich wieder freiwildig zu melden, um meine Familie zu ernähren und meine anderen Verpflichtungen ihr gegenüber zu erfüllen. Frage: Du hast in Vietnam gekämpft. Frage: Du hast in Vietnam gekämpft. Frage: Du hast auch Rassendiskriminierung?

Schwarze von solchen Organisationen wie der KKK (Ku Klux Klan) und der White Citizens Council (Hat Weißer Bürger, extreme anti-schwarze, rassistischen Organisationen verfolgt wurden und verfolgt sind. Diese Menschen benutzen die Fahne der Südstaaten als ihr Symbol ihrer Treue gegenüber dem rassistischen Süden und all seiner anti-schwarzen, rassistischen Politik. In Vietnam hat das Heusen dieser Fahne zu erheblichen Spannungen zwischen weißen und schwarzen Soldaten geführt. Einmal traten sie sich bewaffnet gegenüber und viele Menschen wurden verletzt. So wurde die Fahne der Südstaaten von der ganzen Armee verbannt, sowohl das Heusen der Fahne als auch ihr Gebrauch als Symbol. In meiner Kompanie hier in Berlin, und auch in anderen Kompanien hier, wird die Fahne der Südstaaten von Offizieren aus dem Süden aufgestellt. In seiner Einheit gab es vier von ihnen auf einmal. Wir haben immer wieder Beschwerden eingelegt beim Kompanieoffizier und beim Bataillonsoffizier, weil uns diese Fahnen nur eine Bedeutung - nämlich die Existenz von irgendwelchen Organisationen und Sympathisanten rassistischer Organisationen.

Er unternahm nicht das geringste, sie entfernen zu lassen. Daraufhin machten wir Aufnahmen von diesen Fahnen, wie sie in unserer Einheit aus den Fenstern gehängt wurden und legten sie Herrn Frank Rende, den Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium für Rassenangelegenheiten, vor, und führten sie Mitgliedern seines Ermittlungsausschusses in unserer Einheit vor. Sie taten nichts, die Fahnen blieben wo sie waren.

Frage: Kennst Du weiße Soldaten, die sich mit den unterdrückten schwarzen Soldaten solidarisierten?

Francis: Ja, ich kenne weiße Soldaten, die sich mit unterdrückten Schwarzen solidarisiert haben. Sie haben uns viel geholfen. Wir wußten, wann etwas gegen uns unternommen werden sollte, weil wir es immer zuerst wußten. Aber diejenigen, die einen Schritt weitergingen, den Kampf mit uns aufzunehmen gegen die täglichen Schikanen und die Tyrannei, die wir alle als Soldaten erleiden mußten, wurden von den Offizieren heftig angegriffen. Sie wurden ähnlich wie Schwarze eingestuft, und mußten besondere Arbeiten wie Küchendienst und Putzarbeiten ableisten, wie die Schwarzen schließlich alle für die Schwarzen versammelten Sonderkommandos ableisten.

WEG VON DER ARMEE

Frage: Welche besonderen Vorfälle haben dich schließlich dazu gebracht, den Entschluß zu treffen, deine Einheit zu verlassen?

Francis: Zuerstlich zu allem, was ich oben erwähnt habe, kam hinzu, daß meine medizinische Behandlung völlig verschlampt wurde. Außerdem wurden mir zahlreiche andere Rechte verweigert. Als ich in Dallas, Texas, stationiert war, wurde ich auf einer Dienstreise am Kopf durch Heckenschützen angeschossen, was in der Gegend nicht selten ist, wenn ein Schwarzer bist. Die ersten drei Krankenhäuser "waren nicht in der Lage" mir zu helfen. Nachdem ich schließlich operiert wurde, setzte man mich auf Morphium, später auf Kodein. Seit dieser Zeit wurde ich nicht weiter behandelt, ob-

FORTSETZUNG S. 8

Frage: Ich war 23 Monate in Vietnam. Ja, es gab Rassendiskriminierung in Vietnam, aber es war nicht halb so schlimm wie hier, weil jeder da seine Knarre hatte, jeder wirkliche Rassiat hätte sein Fett abbekommen, das wußten sie, also mußten sie vorsichtig sein. Das gewöhnliche rassistische Verhalten in Bezug auf Arbeitsteilung, Beförderungen, Schikane war mir Karrenschiff gar so fort wie überall, und besonders gegen die Schwarzen.

Frage: Hast Du Erfahrungen mit dem KKK (Ku Klux Klan) oder anderen rassistischen Gruppen gemacht?

Francis: Wenn man den Süden kennt, ich meine, wo der Hauptteil der schwarzen Bevölkerung lebt, dann weiß man, daß überall im Süden

TIFFANY IST ALLES: QUATSCHBUDE, BIERKNEIPE + PIZZERIA
 WARM UND GEMÜTLICH FÜR →
 JEDEN ETWAS UND BILLIG!
 GROSSE PIZZA DM 2,90, GR. BIER →
 DM 1,20, SANGRITA mit
 FRÜCHTEN DM 1,50
 TIFFANY'S
 IST ALLES
 MOTZSTR. 60 in
 SCHÖNEBERG

Fortsetzung ROTZKNAST- A. von S. 8

Der Feind hat aufgrund jahrhundertelanger Erfahrung ausnahmslos alle Kampfmethoden illegalisiert, die seine Herrschaft ernstlich gefährden. Wer ihn also allein mit konventionellen Methoden angreift, hat die Garantie dafür, seine Kräfte nutzlos zu vergeuden. Er spielt darüber hinaus auch noch für die Herrschenden den nützlichen Idioten, weil er andere desorientiert und deren Kräfte bindet. Wer nicht von vornherein bewußt in die Illegalität verankert ist, wird bekannt auf jene Stelle starren, wo er von der Legalität in die Illegalität mühte und es im entscheidenden Moment dann doch nicht tut. Nicht die Notwendigkeiten des Kampfes bestimmen dann die Entsch-

dungen, sondern die bange Frage, ob man wagt oder nicht. Die Legalität wird so unweigerlich zum Feindlich. Noch ein weiterer Aspekt des Artikels ist zu beleuchten. Ihr laßt da einen gigantischen Polizeisapparat aufmarschieren. Die Staatsgewalt erscheint in schierer Unüberwindlichkeit. Die RAF - von euch in trauriger Übereinstimmung mit der bürgerlichen Propaganda personalisierend als "Bader-Meinhof-Gruppe" bezeichnet - erscheint darin nur als willkommener Manöverfeind. Nichts - keine Hilfe von der Ohnmacht der Macht, von der Möglichkeit, den Apparat zu unterlaufen, davon, daß die ständig ins Leere stößende Machtdemonstration selbst schon die Negation der Macht enthält, weil sie deren Überwindbarkeit konkret ahnen läßt. Ihr laßt nicht nur die Möglichkeit aus, diese Dialektik der Macht aufzuzeigen. Ihr wendet euch auch gegen euch selbst. Den Feind übermächtig zeichnen und seine Schwächen verschleiern, heißt die eigenen Reihen demoralisieren. Wir müssen beizeiten begreifen, daß sich die Revolution nur entwickeln kann, wenn sich durch die Beschlossenheit der Revolutionäre die "Fürcht vor den Herren", die die Massen be-

herrscht, in die "Fürcht der Herren" wandelt, die so und nicht anders zu Parteitägern werden. Klare Formulierungen erwecken den Eindruck, als wolle ihr euch der These anschließen, daß der entschlossene Angriff einer kleinen Minderheit allein den Faschisten in die Hände spielt. Ihr gaukelt euch da kommende Aktionen von Arbeitern, "Schülern und Studenten vor, die ihr in Gegensatz zur RAF bringt und vorgebt, daß diese Aktionen eine gesellschaftliche Dimension nur erlangen können, d u r c h und mit den Kampfmethoden, die heute die RAF vorbereitet und entwickelt. Es ist doch klar, daß der Kampf gegen den Unterdrückungsapparat dem Feind die Möglichkeit gibt, sich in diesem Kampf zu üben. Die Bullen haben schließlich auch bei Demonstrationen eine Menge dazugelernt. Es wäre der pure Schwachsinn, mit diesem Argument, die Kämpfe verbieten zu wollen. Das heißt doch nichts anderes, als daß man hofft, der bewaffnete Arm der Herrschenden werde bewegungsunfähig. Solange sollten wir wirklich nicht warten. Euer Aufruf zur Selbstorganisation erweist sich als hohle Phrase: denn

Selbstorganisation beginnt n o t w e n d i g als Aktion einer kleinen Minderheit. Sie hat eine revolutionäre Perspektive nur dann, wenn sie von Anfang an die Mittel und Methoden für eine erfolgreiche Gegenwehr gegen die Repression entwickelt. Das aber ist das Konzept der RAF. Ganz allgemein muß gelten, daß es in unserer Propaganda kein Augenwinkern geben darf. Wenn wir den Massen den richtigen Weg zum kritischen Denken und selbstbewußten Handeln zeigen wollen, dann dürfen wir sie nie belügen. Wir dürfen nur das sagen, was wir wirklich auch meinen und wir müssen es so sagen, wie wir es meinen, und wir müssen alles sagen. Jeder muß uns verstehen können. Niemand darf in die Gefahr gebracht werden, uns gegen seinen Willen mißzuverstehen. Die Massen selbst müssen die Überzeugung gewinnen können, daß wir ehrlich meinen. Dieses Vertrauen ist die erste und wichtigste Voraussetzung für die Verankerung in den Massen.

Fortsetzung von "Was wir brauchen müssen wir uns nehmen" S.5

er nachhaft arbeitenden Genossen und dem Klipperschraufen unheimlich zu. Die Treibgruppe versorg sich in die obere Etage des Hauses und die finsternen Typen benahmten sich dann genauso, wie es die übrigen Hausbesitzer (entsprechend ihren Vorurteilen) erwarteten. Die Typen, die eigentlich mal Treubarbeit machen wollten, rannten nur noch beif und ausgeflüpt durch die Gegend, machten den Erbtönen Scheiß (Klauen aufbrechen usw.) und erzählten die ärmlichsten Schauermärchen über ihre so hohe staatsbürgerliche Zukunft und was weiß der Henker noch alles. Die SH ist zwar der Meinung, daß die RAF ein Bestandteil der sozialistischen Bewegung ist und zur SH gehört es auch die SH auf der RAF verbal zu vermitteln. Die SH ist aber keine Gruppe zur Vorbereitung der SH aktiverilla, macht auch keine und kämpft entschieden gegen Flipper die solch eine Scheiße behaupten. Die Leute im Rauchhaus (Möner Str. + Jugendzentrum) sind sowieso entschiedene Gegner des bewaffneten Kampfes zu diesem Zeitpunkt und damit auch gegen die RAF. (Achtung: So'n Scheißhwasch!) Die Treibgruppe wurde - zu recht - mit der SH identifiziert und die gesamte SH aus dem besetzten Haus geworfen. Auch das geplante Büro für Beratung Knast-antlössener konnte so nicht mehr eröffnet werden. Die SH Berlin ist in der Lage, die Konsequenzen aus dieser Entwicklung zu ziehen. Sie wird die Flipper ausschließen und in Zukunft vernünftiger mit neuen Leuten verfahren. Die Gruppe ist schwer angeschlagen, die Arbeit aber wird weitergehen!

Das Krankenhaus der Berliner Vollzugsanstalten ist ein Sauladen! Diese Feststellung traf ein Strafgefangener der Strafanstalt Tegel, der sich im Krankenhaus einer Leistenbruchoperation unterziehen mußte. Da er diese Feststellung auch noch aussprach und zudem noch den Pflegern Schlampe nachwies, flog er raus und wurde nach der Strafanstalt Tegel zurückverlegt.

Am 22. November 1971 wurde der Strafgefangene Herbert Goerke in das Krankenhaus der Berliner Vollzugsanstalten in Moabit verlegt. Bei ihm sollte eine Leistenbruchoperation vorgenommen werden. Bereits am 23.11.1971 kam es zu einer Auseinandersetzung mit einem Pfleger. Der Pfleger legte dem Genossen Goerke eine Erklärung vor. Die Erklärung besagte, daß der Patient mit der Operation einverstanden ist, und daß er über eventuelle Komplikationen und Erfolgsaussichten aufgeklärt worden war. Es war zwar richtig, daß Goerke mit der Operation einverstanden war, jedoch traf es nicht zu, daß er über eventuelle Komplikationen und Erfolgsaussichten aufgeklärt wurde. Deshalb legte Goerke Protest ein und erklärte sich mit der Operation einverstanden, bestand jedoch auf die Aufklärung über Komplikationen und Erfolgsaussichten oder auf Streichung des Satzes aus der Erklärung. Der Pfleger erwiderte jedoch, daß er dann eben nicht operiert, sondern sofort nach Tegel zurückverlegt werde. Bei der anschließenden Visite des Arztes Dr. Bewersdorf wurde Goerke über Komplikationen ("Sie können auch daran sterben!") und Erfolgsaussichten aufgeklärt. Danach unterschrieb Goerke.

Bei seinem weiteren Verbleiben im Krankenhaus stellte er folgendes fest: Das Mobiliar war alt und teilweise defekt. So gab es z.B. in der Drei-Betten-Zelle nur ein Nachtschränken, daß zudem noch eine herausgebrochene Schublade hatte. Die Betten waren uralt Eisengestelle, auf denen eine dünne Schaumstoffmatratze lag, so daß man regelrecht aus dem Bett reiß- und rausklettern mußte, um sich nicht an dem kantigen Eisengestell zu stoßen. Die Toilette befand sich in der Zelle und war nur nach einer Seite hin, durch eine kleine Schamwand, von dem Raum getrennt. Die Toilette befand sich direkt neben der Tür und war beim Betreten des Raumes sofort einsichtig.

Die Patienten mußten selbst ihre Zellen sauberhalten, d.h. sie mußten regelmäßig ausfeigen, wischen und auch bohren. Wenn ein Patient noch so krank oder eben operiert war, so bekam er von Seiten des Pflegepersonals weder Hilfeleistung beim Bettenbau noch beim Waschen. Das Essen wurde von sogenannten Kalzfaktoren (Straf- und Untersuchungsgefangenen) ausgegeben. Ein Pfleger war nur dabei, weil er die Zellentüren auf- und zuschließen mußte.

Das Essen war in keiner Weise vorbereitet, sondern mußte von den Patienten selbst aufbereitet werden (Stullen schmierern etc.). Das Mittagessen wurde in große Schüsseln gekippt und war nicht, wie sonst im Krankenhaus üblich, auf Tellern bereitgestellt. Daß die Patienten auch ihr Geschirr selbst abwaschen mußten, verwundert sicher keinen mehr.

Ein Teil der Pfleger herrschte die Patienten in einem derart rauhen Ton an, der einen nur verwundern kann. "Los, raus aus dem Bett und laufen" war noch das Harmloseste. Einige Pfleger hatten es sich auch zur Gewohnheit gemacht, die Patienten grundsätzlich zu duzen. Viel schlimmer ist aber, daß die Pfleger

Verlegung verfrüht war, geht aus folgendem hervor: Der voraussichtliche Aufenthalt im Krankenhaus von Frau Dr. Nickel bei der Vorbesprechung mit mindestens drei Wochen angegeben worden. Tatsächlich lag Goerke jedoch nur 10 Tage nach der Operation im Krankenhaus (vom 25.11.71 bis zum 3.12.71), Operation war am 27.11.71. Im städtischen Krankenhaus liegt man gewöhnlich 14 Tage bei einer Leistenbruchoperation. Drei Wochen waren deshalb von Frau Dr. Nickel angegeben worden, weil sie Komplikationen fürchtete, die aufgrund der geschwächten Abwehrkräfte (bedingt durch die lange Haft!) auftreten könnten. Tatsächlich traten auch später Komplikationen



Anweisungen der Ärzte nicht immer vollständig oder überhaupt nicht ausführten. So sollte der Patient Horst Schulze auf Anweisung von Chafarz Dr. Kutz in der laufenden Woche dem Hals-Nasen-Ohren-Arzt vorgestellt werden. Diese Vorstellung unterblieb und der Hinweis Goerkes wurde von dem Pfleger Borkowsky als Einmischung in seine Arbeit gewertet. Der Patient Manfred Däselser sollte auf Anweisung von Dr. Bewersdorf nachts bei Bedarf schmerzstillende Spritzen (Novagin-Spritzen) bekommen. Eine derartige Eintragung in die Medikamentenliste war jedoch von dem Pfleger nicht getan worden. Goerke sollte auf Anweisung von Dr. Kutz täglich einmal Aufbaumahrung (Sonana) bekommen. Jedoch bekam er die Aufbaumahrung nicht täglich, sondern nach Belieben der Pfleger. Außerdem sollte Goerke auf Anweisung von Dr. Bewersdorf Hautcreme (Aknederm) und Körperpuder bekommen. Am Tage der Verlegung erklärte jedoch der Pfleger Borkowsky, daß er die Anweisung vergessen habe, brachte jedoch noch die Hautcreme und bemerkte, daß er sich den Körperpuder in Tegel besorgen sollte.

Der Rauschschuß Goerkes erfolgte in erster Linie auf Betreiben des Pflegers Borkowsky. Dieser behauptete, durch die Kritik Goerkes fände eine Einmischung in seine Arbeit statt. Daß Goerke tatsächlich wegen seiner Kritik vorzeitig aus dem Krankenhaus entlassen wurde, geht sehr eindeutig aus einer Äußerung des Pflegers Borkowsky hervor, der vor den Zeugen Horst Schulze und Manfred Däselser sagte, daß die Verlegung mindestens zu 50 % aufgrund der Kritik erfolge. Dieser Tatbestand wurde von den Ärzten Dr. Nickel und Dr. Bewersdorf verschleiert. Frau Dr. Nickel erklärte, daß einer Verlegung ärztlich-erweitert nichts in Wege stehe.

ein. In Tegel zog sich Goerke eine postoperative Infektion - wahrscheinlich eine Nierenentzündung - zu. Diese postoperative Infektion verursachte Goerke starke Schmerzen, heftiges Fieber und machte ihn wieder bettlägerig. Ob diese postoperative Infektion auch im Krankenhaus aufgetreten wäre, läßt sich nicht feststellen, jedoch wäre dort die Komplikation nicht so schwer verlaufen, wie es in Tegel geschah.

Wie wenig verantwortungsbewußt die Ärzte im Krankenhaus sind, geht auch aus folgendem Fall hervor: Der Patient Manfred Däselser hatte einen Magendurchbruch und wurde deshalb operiert. Später klagte er noch immer über Schmerzen. Es wurde angenommen, daß noch ein Magengeschwür vorlag und deshalb eine teilweise Magenentfernung notwendig werden würde. Später erklärte man jedoch, daß diese teilweise Magenentfernung nicht notwendig werden würde, wenn Däselser aus der Haft entlassen würde. Es war dem Ärzten also klar, daß jeder Tag Haft dem Patienten zusätzliche Schmerzen und unnütiges Leiden verursachte. Jedoch gaben sie nicht eine Entlassung Däselers durch (der nur noch eine geringe Reststrafe zu verbüßen hat), sondern ordneten eine längere Kur an.

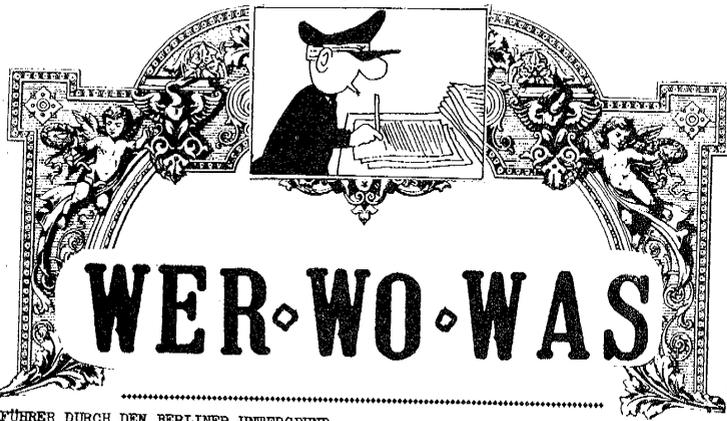
Insgesamt ist die Feststellung, daß das Krankenhaus ein Sauladen ist und die Pfleger schlampig arbeiten, nur zutreffend. Hinzu kommt noch die Kritik an den Ärzten, denen nicht gerade Verantwortungsbewußtsein zusprechen ist.

Wichtig! Prozeß gegen Wolfshamburger Kommune am 24. 2. 72!! 883 organisiert die Hinfahrt!!

CHUAN
TEE & GESCHÄFT
40 SORTEN TEE

70 GR. JASMIN	3.00
100 GR. PURE CHINA	3.00
100 GR. CEYLAN	2.50
125 GR. LANGSANG SOUKONG	2.75
125 GR. ROSEN TEE	4.30
100 GR. SCHOKERSTÄBCHEN/FRASCHEN	
100 GR. PEIFEN/FLÖTEN/LAMPION	
100 GR. HENDEN/KLEIDER	

ABTUS PFALZBAUER STR. 11
MO-FR 15-18 SA 10-13



FÜHRER DURCH DEN BERLINER UTERGRUND

Um der zum hundertsten Verunsicherung der Genossen wegen der idiotischen Häufung von Abkürzungen etwas vorzubringen, bringen wir hier mal einige Aufschlüsselungen:

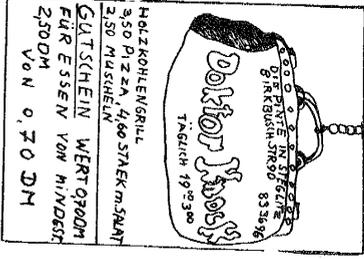
COSOMED: Der Name hat nichts mit Communismus was viele leicht mal he liegen dürfte - zu tun. Vielmehr geht der Name auf den im alten Griechenland berühmten-berühmtesten Arzt Dr. Dr. COSOMEDUS zurück, einem stadtbekanntesten Spezialisten für Frakturen und Fraktionen.

KSV: Nach Rückfrage bei der Telefonnummern 118 wurde uns mitgeteilt, dass KSV entgegen anderslautigen Gerüchten (ungültige Bestätigung steht noch aus!) Kommunistischer Studentenverband heißt.

BL/BI: Nachdem die PL/PI sich totgespalten hatte, entstand bald darauf die BL/BI. Sie ist nicht die böhmische Restausgabe der alten PL/PI, sondern eine revolutionäre Neuschöpfung: Berliner Linke/Bürger-Initiative (dpa)

P.S. Ruhrkönig sucht ein neues Königreich.
 Ernstgemeinte Buchstaben...
 P.T. 204 Box 1876

Achtung Genossen!
 Durch einen Angriff eines wilden, ungebändigten Tiemes (Promenadenmischung) wurde uns am Mittwoch in der Stiege praktisch-politische Arbeit kaputt gemacht. Er zerstörte in blind gefräßiger Wut Material für unsere BVG-Kampagne. Versöhnlich, als ob er kein Wasserchen trüben könne, kam er an unseren Tisch, deswegen ließen wir ihn nichts ahnend gewähren. Dieses heimtückische Vieh mißbrauchte aber unser Vertrauen schändlich. Er zertrümmerte aus unserer am Boden deponierten Tasche Material, schleifte es in eine andere Ecke und zerbiß es spalterisch.



NEWS FORUM
 Internationale Zeitschrift für soziale Christen...
 68 DM für 2 Jahre, 450 DM für 5 Jahre...
 40% Rabatt für Studenten, Arbeiter, etc.

ROTER PUNKT
 ALLE GETRÄNKE 1DM
 AUSSER WHISKEY 2,- + BARCARD 1,50
 I-BERLIN 30
MANSTEINSTR. AUSSERMAUS VERKAUF
 geöff. 13 von 10-6 UHR
 zugü. LEIDICKE

PIZZERIA
TERZO MONDO
 ab 18 Uhr
 Kantstr. 134a Tel 315338
 montags zu

DR. KOMMUN
 KNEIPE IN DER FLEISCHEREI
 HUBBACHSTR. 17, BERLIN
 1. Jahr
INTERNATIONALE INFORMATION & KORRESPONDENZ
 Gruppe "Soziale Revolution", Berlin
 November 1971

HEADSHOP
 berlin wilmersdorf
 sigmaringer strasse 12
 Mo. Fr. 1000,-

KAMPF GEGEN DIE US-ARMEE

Fortsetzung von S.
 wohl ich mehrmals den Arzt besuchte und ihn bat, den Grund für meine Kopfschmerzen herauszukriegen. Als ich schließlich nach Berlin gelangte, war meine ganze Krankengeschichte im Militärkrankenhaus irgendwie verschunden und als es mir später gelang, durch einen deutschen Arzt, Sonderuntersuchungen an meinem Kopfe anordnen zu lassen, wurde mir diese Behandlung untersagt, weil ich "per Zufall" am selben Tag vor einem Militärgericht erscheinen sollte und keiner der beiden Termine auf einen anderen Tag verlegt werden durfte. So also muß ich mich seit dieser Zeit mit Drogen zurecht zu finden suchen. Gleich danach, als ich im Militärgefängnis saß, fügte man mir noch weitere Schläge hinzu. Als ich dann einen Brief von meiner Mutter bekam, daß sie sich bei einem Autounfall schwer verletzt hätte, ein Auge verloren hätte und im Krankenhaus läge, wollte ich ihr zu Hilfe kommen, weil sie eine ganze Menge finanzieller und rechtlicher Probleme hatte. Man verweigerte mir den Urlaub, sogar über das Rote Kreuz Kontakt aufzunehmen. Statt dessen erzählten sie mir irgendwelche Lügen, es gehe meiner Familie gut. Im nächsten Brief meiner Mutter bekam ich heraus, daß es ihr schlecht ging und daß sie acht Tage auf ihre Entlieferung ins Krankenhaus warten müsse, weil sie nämlich in einen Streikverband gehöre. Das war für mich zuviel, ich heute einfach ab.
Frage: Galt solche Behandlung nur deinem Fall? Oder ist es gewöhnlich so unter deinen Kameraden?
Francis: Alle Soldaten sind Opfer der Unterdrückung der Armee aber ganz besonders erleben schwarze Soldaten eine ähnliche Behandlung wie ich. Wir haben einfach zuviel Angst, um das Maul aufzureißen gegen das, was die Armee gegen uns unternimmt, nämlich uns gleichzeitig einer Gehirnwäsche zu unterziehen und verrückt zu machen, beispielsweise mit ihren ganzen Gesinns wegen Chancengleichheit und sowas.
Frage: Sieben Tage nachdem du die Armee verlassen hattest, wurdest

du von der Berliner Polizei in Haft genommen. Wie kam das?
Francis: Das war so, Bruder Marshall und ich gingen in einen Laden, "Butter-Hoffmann" in der Yorkstraße. Kaum waren wir im Laden, fing ein deutscher Angestellter an, uns überall hin zu verfolgen. Wir suchten uns, was wir wollten, aus und gingen zur Kasse, um zu bezahlen, wofür ich das Geld hatte. Sowie wir den Laden verließen, griff dieser Typ nach dem Marshall, warf mich und schrie wild auf deutsch los. Ich griff in meine Tasche, um dem Typ irgendwelches Geld zu geben. Ich hatte einen 50-DM-Schein in der Hand, wollte ihm den schenken, damit bloß kein Ärger entsteht, aber dieser übergeschnappte Faschist schrie weiter, die Polizei holte uns und lieferte uns der Militärpolizei aus. Es gab wegen des ganzen Vorfalles überhaupt keine Ermittlung. Während wir in Händen der deutschen Polizei waren, waren wir Opfer der Polizeilagergression und Brutalität.
Frage: Als du das zweite Mal ausfrüchtet. Gab es neue Vorfälle, die dazu geführt haben?
Francis: Ja doch. Wie beispielsweise die Tatsache, daß wir von Anfang an keine Gelegenheit bekamen, unsere Unschuld zu beweisen. Wir wurden ins Militärgefängnis überliefert, wo irgendein Hauptmann auftrat und dem diensthabenden Unteroffizier befahl, uns einzubuchen. Daraufhin erzählte der diensthabende Unteroffizier dem Hauptmann, er könne uns nicht einsperren, weil der Hauptmann dazu keine Befehlsgewalt habe. Der Hauptmann sagte darauf, er wolle uns eingesperrt wissen. Noch einmal erklärte der diensthabende Unteroffizier dem Hauptmann, er könne das nicht tun, weil es gesetzswidrig sei. Da wurde der Hauptmann böse und lief röt an. Eigentlich schien der Mann besoffen. Er ließ dann mehrere direkte Befehle, der Unteroffizier sollte die notwendigen Formulare ausfüllen, daß ich und Bruder Marshall inhaftiert werden können, geben, und verwies

dabei mehrere auf seinen Rang, um dem Typen klarmachen, wer er sei. Wir wurden also wiederrechtlich in Haft genommen. Mir verweigerte man das Recht, mich mit dem Roten Kreuz in Verbindung zu setzen, nachdem ich einen Brief von meiner Mutter bekommen hatte, worin sie mir ihren Zustand nach einem Autounfall beschrieben hatte. Mehr als acht Tage lang staken wir im Militärgefängnis ohne rechtliche Anklage. Darüberhinaus hatten wir dem Militärpolizisten als auch dem Adjutanten und den anderen diensthabenden Militärpolizisten zu erzählen versucht, daß die deutsche Polizei bei der Festnahme großzügig vom Schlagstock Gebrauch gemacht hätte, als wir gegen die Wand gestellt waren. Ich zogener Waffe, außerdem versucht wir hiergegen Beschwerde einzulegen beim deutschen Polizeidirektor in der Potsdamer Straße, alles, nachdem wir gewalttätig in einen Kommandowagen brutal hineingezerrt wurden. Wir wollten eigentlich unter die Menschen kommen, um Unterstützung zu gewinnen für das, was wir unternahmen, um darüber aufzuklären, mit was für unglaublich rassistischen Bedingungen und Verhältnissen der schwarze Soldat in Berlin und in der Armee konfrontiert ist.
Frage: Glaubt du, daß man die Rassistendiskriminierung in der US-Armee aufheben kann?
Francis: Die einzige Möglichkeit, die ich sehe, liegt darin, alle Schwarzen unverzüglich aus der Truppe zu entlassen, denn du kannst keine Armee der Gewalttätigkeit und keine gewaltsame rassistische Gesellschaft (von oben herab) verändern, weil für sie der Rassismus zu einer Art Lebenshaltung geworden ist, seitdem schwarze Menschen unter ihnen leben. Schwarze Menschen in meinem Land erleiden die selbe Unterdrückung und denselben Völkermord, wie sie die anderen Völker erleiden. Und der schwarze Mann in der Armee ist genau das, was man den unterdrückten Unterdrücker der Unterdrückten nennt. Hier mal ein Beispiel einer Sache, aber nicht wie es die Presse darstellt. Time Magazine berichtete von einer Sonder-

einheit (rangers), (also die Armee), die in ein Schwarzenviertel einrückte, um dem schwarzen Volk auf medizinische und andere Weise Hilfe zu leisten. Grundsätzlich sehe ich die Sache so, daß sie aus dem selben Grunde einrückten, wie sie nach Vietnam geschickt wurden, um dem vietnamesischen Volk Hilfe zu leisten. Ehe man sich versah, waren 500.000 da, unterdrückten, und zermalmten das Volk. Überall, wo du bewaffnete Soldaten in ein Viertel schickst, um den unterdrückten Volk zu helfen, bewirkt es nur weitere Unterdrückung. Warum sollten wir einer rassistischen Armee und einem rassistischen System dienen, was im Begriff ist, dasselbe gegen unser Volk zu verrichten, wie gegen andere friedensuchende Völker der Welt. Nein, man kann nicht den Rassismus und die Diskriminierung aufheben. Wir wollen raus.

Genossen, verkauft 883 an Euren Ort. Durch die massenhafte Verbreitung der Zeitung können unsere politischen Vorstellungen wirksamer werden. Bei der Abnahme von mindestens 10 Exemplaren gewähren wir Preisnachlass.
 Schreibt uns:
 A. Herms
 1 Berlin 21
 Stefanstr. 60
 Fabrikgebäude
883

IMPRESSUM
 HERAUSGEBER- UND REDAKTIONS-ADRESSE:
 883-Redaktion im Soz. Zentrum,
 1 Berlin 21, Stefanstr. 60/Fabrik c/o A. Herms
 GESCHÄFTSFÜHRENDE REDAKTION UND PRESSERECHTL. VERANTWORTL.:
 Thomas Knauf, 1 Berlin 37, Eschershauser Weg 15 g